

**Auswärtiger Ausschuss**  
**Wortprotokoll**  
23. Sitzung

Berlin, den 23.11.2010, 07:30 Uhr  
Sitzungsort: Marie-Elisabeth-Lüders-Haus  
Adele-Schreiber-Krieger-Straße  
10557 Berlin  
Sitzungssaal: 3.101

**Vorsitz: Ruprecht Polenz, MdB**

**Einzigster Punkt der Tagesordnung:**

**Kriterien zur Bewertung des Afghanistan-Einsatzes**

Sachverständige:

- Herr **Dr. Babak Khalatbari**, Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), Islamabad
- Frau **Dr. phil. Citha D. Maaß**, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin
- Herr **Jan Koehler**, Osteuropa-Institut und Sonderforschungsbereich (SFB) Governance in Räumen begrenzter Sicherheit an der Freien Universität, Berlin
- Herr **Winfried Nachtwei**, MdB a.D., Münster

Ruprecht Polenz, MdB  
**Vorsitzender**

## Interfraktioneller Fragenkatalog zur öffentlichen Anhörung des Auswärtigen Ausschusses am 23. November 2010

---

---

1. Wie beurteilen Sie die Maßnahmen im zivilen und militärischen Bereich, die die Bundesregierung seit der Londoner Konferenz ergriffen hat?
2. Wie beurteilen Sie die Maßnahmen, die die afghanische Regierung nach ihren Selbstverpflichtungen bei der Kabuler Konferenz ergriffen hat, insbesondere hinsichtlich der Verbesserung der Regierungsführung und der angestrebten innerafghanischen politischen Lösung?
3. Wie lautet Ihre Einschätzung zu dem von der Bundesregierung vorgelegten Kriterienkatalog? Wie stellt sich dieser im Vergleich zu den « Benchmarks » anderer internationaler Organisationen und ISAF-Länder dar ? Welches sind realistische und in welchem Zeithorizont erreichbare Ziele?
4. Welche Veränderungen schlagen Sie für das weitere deutsche Engagement in Afghanistan vor?

**Der Vorsitzende:** So, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. Wir haben kurz nach 7:30 Uhr, und ich eröffne die 23. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, die wir als öffentliche Anhörung zu dem Thema „Kriterien zur Bewertung des Afghanistan-Einsatzes“ durchführen wollen.

Der Auswärtige Ausschuss ist der Ausschuss im Deutschen Bundestag, der für die Mandatierung des Afghanistan-Einsatzes sowie für alle anderen Einsätze ebenfalls zuständig ist. Er ist allerdings nicht der einzige, der mit diesem wichtigen Thema befasst ist. Ich freue mich deshalb besonders, dass auch Mitglieder des Verteidigungsausschusses, des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und auch des Innenausschusses heute bei dieser Anhörung mit dabei sind. Ich begrüße Sie alle sehr herzlich.

Wir befassen uns im Auswärtigen Ausschuss regelmäßig mit Afghanistan und ich freue mich, dass wir das heute tun können mit besonderen Sachverständigen, die wir zu dieser Sitzung eingeladen haben. Ich darf ganz herzlich begrüßen Herrn **Dr. Babak Khalatbari** von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Islamabad. Sie haben die weiteste Anreise hinter sich und wir bedanken uns ganz besonders, dass Sie gekommen sind. Frau **Dr. Citha Maaß** von der Stiftung Wissenschaft und Politik; Herr **Jan Koehler** vom Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin und vom Sonderforschungsbereich Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit an der FU und unseren ehemaligen Kollegen **Winfried Nachtwei**. Winnie, ich sag‘ mal einfach so von Münsteraner zu Münsteraner: Herzlich willkommen!

Lassen Sie mich ganz kurz darauf eingehen, was wir mit dieser öffentlichen Anhörung bezwecken und wie es überhaupt dazu gekommen ist. Es sind vor allen Dingen zwei Punkte und Entwicklungen, die es nahe legen, dass wir uns mit einer Bewertung unseres Afghanistan-Einsatzes näher befassen. Es ist einmal die überwiegend skeptische Einstellung in großen Teilen unserer Bevölkerung zu diesem Einsatz und die damit in Zusammenhang stehende Abzugsdiskussion, die in Gang gekommen ist. Wir müssen uns beidem stellen, wir wollen das auch. Aber ich sage auch, dass wir unabhängig davon eine Evaluation bei jedem Einsatz brauchen, nicht zuletzt auch im Interesse unserer eigenen Ressourcen. Wir dürfen das Thema auch nicht ausschließlich unter innenpolitischen Gesichtspunkten behandeln; da sind wir uns, denke ich, im Auswärtigen Ausschuss einig, denn dann würden wir der Komplexität des Themas nicht gerecht. Wir müssen uns vielmehr immer wieder bemühen, uns auch in die Geschichte, die Mentalität, die Ängste und die Hoffnungen der Afghanen zu versetzen.

Nach der Antrittsrede von Präsident Karsai im November 2009 und der Londoner Konferenz vom Januar 2010 und der Kabul-Konferenz vom Juli 2010 hat es zahlreiche Diskussionen innerhalb und zwischen den Fraktionen zu diesem Thema gegeben. Schon vor der Sommerpause hatten SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag im Bundestag eingebracht, in welchem eine unabhängige wissenschaftliche Evaluierung unseres bisherigen Afghanistan-Einsatzes gefordert wurde, die anschließend einer parlamentarischen Bewertung zugeführt werden sollte. An diesem Antrag halten beide Fraktionen nach wie vor fest.

Wir sind, wie Sie wissen, inzwischen einen anderen Weg gegangen. Wir haben zumindest in Grundsätzen einen Kriterienkatalog der Bundesregierung, den wir in dieser öffentlichen Anhörung, der alle Fraktionen zugestimmt haben, mit Hilfe unserer Sachverständigen einer Bewertung unterziehen wollen. Wir wollten dies in jedem Fall vor dem 16. Dezember dieses Jahres tun. Das ist der Tag, an dem wir im Plenum des Deutschen Bundestages eine Afghanistan-Debatte haben werden mit einer Regierungserklärung der Bundeskanzlerin, und vor Anfang des nächsten Jahres, wo wir wieder vor der entscheidenden Frage einer Verlängerung unseres Afghanistan-Einsatzes im Deutschen Bundestag stehen.

Das Auswärtige Amt hat zugesagt, dass auf jeden Fall vor dem 16. Dezember der vollständige

Fortschrittsbericht Afghanistan vorliegen wird. Dieser Zeitplan hat den Vorteil, dass von dieser Anhörung ausgehende Anregungen das Ohr der Bundesregierung erreichen und möglicherweise auch noch Eingang in den Fortschrittsbericht finden können.

Nun noch eine kurze Anmerkung zum Schluss von meiner Seite: Wir haben wegen der Haushaltsplanberatungen einen sehr engen zeitlichen Rahmen, wir müssen uns also wieder sehr diszipliniert verhalten. Ich wäre deshalb den Sachverständigen sehr dankbar, wenn sie bei ihren einleitenden Bemerkungen sich auf fünf bis maximal acht Minuten beschränken könnten. Da oben wird eine Uhr mitlaufen, falls sie funktioniert, die Ihnen die Einhaltung der Zeit ein bisschen erleichtert. Auf diese Weise hätten wir dann auch ausreichend Zeit für unsere Fragen und Ihre Antworten. Dafür danke ich schon mal ganz herzlich und gebe jetzt als erstem Herrn Dr. Khalatbari von der Konrad-Adenauer-Stiftung das Wort. Bitte schön.

**Dr. Babak Khalatbari, Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), Islamabad:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, vielen Dank. Mark Twain, der berühmte amerikanische Schriftsteller, stellte einst fest, dass Johann Sebastian Bachs Musik viel besser sei als ihr Klang. Und ich glaube, gegenwärtig – wenn er noch leben würde – würde er feststellen, dass die gegenwärtige Lage in Afghanistan viel besser ist als sie gegenwärtig – wie gesagt – porträtiert wird. Ich denke, dass innerhalb der letzten 12 Monate viel Positives erreicht werden konnte, speziell im Norden. Das heißt, im zivilen Bereich kann man die ersten Erfolge sehen: Die Verdopplung der Entwicklungshilfe auf 430 Mio. Euro zeigt erste Erfolge. Wichtig ist allerdings auch, dass hier eine Anhebung der qualifizierten Entwicklungshelfer vor Ort einher geht, damit die Mittel auch ordentlich abfließen können. Die Polizeiausbildung mit dem Schwerpunkt des Partnering, wo man *Shona ba Shona* (Schulter an Schulter) mit den Soldaten und auch mit den Polizisten in den Einsatz geht, ist natürlich viel risikohafter als die zuvorigen Strategien. Aber auch hier kann man halt viel besser ausbilden. Und ich glaube auch, dass die ersten Erfolge zeigen, dass man hier auf dem richtigen Weg ist.

Die Gesamtsicherheitslage in Afghanistan gibt Anlass zu vorsichtigem Optimismus. Der anhaltende Druck auf die Insurgenz scheint hier die ersten Erfolge aufzuzeigen. Trotzdem muss man jetzt ab 2011 den Prozess der Transition nicht als kurzfristiges Ereignis verstehen, sondern wirklich als langwierigen Prozess.

Zu der zweiten Frage – Verbesserung der Regierungsführung – denke ich, dass wir ein sehr ambivalentes Bild haben. Der Gesamtstaat und die Gesamtregierung, das sind ja die beiden Prozesse, die wir versuchen anzustoßen in Afghanistan, die sind erst mehr oder weniger im ersten Entwicklungsprozess. Das heißt, die Durchführungs- und Kostenpläne, die die afghanische Regierung lt. den Vereinbarungen bis Oktober 2010 überreichen wollte, sind größtenteils noch nicht finalisiert. Hier gibt es große Unterschiede: Beispielsweise im Exekutivsektor sind die Papiere größtenteils fertig, aber im Justizwesen sind sie beispielsweise erst zu 60 Prozent fertig gestellt worden.

Das Thema Korruptions- und auch Drogenbekämpfung ist nach wie vor aktuell. Und ich denke, dass das nach wie vor auch die größten Baustellen der afghanischen Regierung sind.

Als Vertreter einer politischen Stiftung möchte ich mich natürlich hier auch diesem politischen Sektor ganz besonders widmen, weil ich ihn am besten beurteilen kann. Ich denke, eine Reform des Wahlsystems, der ja auch mehr oder weniger ein großer Meilenstein sein wird in der Zukunft Afghanistans, wenn er denn stattfindet, ist dringend notwendig. Eine Wählerregistrierung ist hier das Rückgrat. Wahlen machen nur Sinn, wenn auch Wahlberechtigte wählen dürfen; das ist in Afghanistan nur teilweise erfüllt. Und eine Änderung des Wahlsystems ist auch notwendig. Das *Single Non Transferable Vote System* ist anscheinend, wie wir das gesehen haben, in der Parlamentswahl 2005, auch 2010, nicht erfolgreich und nicht zielführend. Auch der Wahlturnus sollte überdacht werden. In den nächsten 25 Jahren werden über 30 nationale und

regionale Wahlen in Afghanistan stattfinden. Das muss implementiert werden können und das muss vor allem auch finanziert werden können. Insofern denke ich, das es hier sinnvoll ist, nach Synergieeffekten zu suchen.

Fakt ist, dass ohne politische Parteien definitiv in Kombination mit legitimen Wahlen keine nachhaltige Demokratie in Afghanistan stattfinden kann. Und wenn man sich überlegt, dass lediglich 1,23 Prozent aller Kandidaten bei diesen Parlamentswahlen aus politischen Parteien kamen, denke ich, dass auch hier noch eine große Baustelle bereit liegt.

Weitere Wahldebakel könnten einen kritischen Flurschaden in Afghanistan verursachen, der die vorherrschende Fassade der Demokratie zum Einsturz bringen könnte. Das darf man nicht vergessen. Wir haben fünf vor zwölf, was den innenpolitischen Sektor angeht. Hier muss mehr getan werden, speziell im Bereich der Parteienkultur.

Ich habe jetzt noch knapp drei, vier Minuten und würde ganz gerne die Zeit aufsplitten, um einmal auf die Indikatorengruppen des Fortschrittsberichts einzugehen, und dann auch noch mal kurz die vierte Frage anzuschneiden, welche Veränderungen man für das deutsche Engagement in Afghanistan vorschlagen kann.

Der Fortschrittsbericht – das muss man zuvor sagen – ist ja in Form einer Gliederung an diejenigen Personen herangetragen worden, die darüber dann als Sachverständige urteilen sollen. Und eine Gliederung zu bewerten, fällt natürlich in der Regel erst mal recht schwer. Es ist vielleicht sogar unmöglich. Aber man kann natürlich diese Gliederung vergleichen mit dem, was es zurzeit auf dem Markt gibt, beispielsweise dem *Progress Report* der NATO oder dem Bericht der Amerikaner oder dem Bericht der Kanadier. Und ich denke, dass wir bei der Gliederung – das kann man auf jeden Fall so sehen – eine Mixtur haben aus quantitativen und qualitativen Indikatoren. Das heißt, dass man sozusagen die Datenmengen mit einem Qualitätsurteil vor Ort dann bewerten kann. Und ich denke, dass das der richtige Ansatz ist, weil man hier mehr oder weniger tatsächlich versuchen kann zu beurteilen, wo man in Afghanistan steht. Insofern denke ich, dass erst mal die Idee eines solchen Fortschrittsberichts sehr willkommen zu heißen ist, da man mehr Möglichkeiten hat, das eigene Tun zu reflektieren und auch das der Partner zu bewerten, um Schwerpunkte zu setzen.

Und das ist auch gleich der zweite Punkt, dass natürlich ein Indikator nicht mit einem Indikator gleichgesetzt werden kann. Es gibt immer eine Art Priorisierung, und da bin ich auch gespannt, wie das denn in dem Fortschrittsbericht der Fall sein wird. Das ist klar, dass für das Thema Menschenrechte vielleicht mehr Zeit in Afghanistan ins Land gehen muss als für den Aufbau einer Armee, weil das eine wesentlich weniger Zeit benötigt und auch mehr Mittel vielleicht zur Verfügung hat als der andere Wert, den man mit einem Indikator messen möchte.

Ich denke aber, dass diese 27 Indikatoren ein rundes Bild abliefern und wir auch noch diese 97 Unterindikatoren haben. Ich denke, dass bestimmt auch die Meinungen aller Kollegen hier sehr divergierend sein werden, weil man es natürlich aus verschiedenen Blickrichtungen sehen kann. Ich denke aber, dass dieser Katalog erst mal flächendeckend alles abdeckt und insofern auch präzise die Informationen und die Urteile einspeisen kann. Ich denke aber auch, dass man den eigentlichen Bericht selbst bewerten sollte und nicht die Gliederung. Insofern denke ich, dass eine Evaluierung des erstens Berichts sicherlich dazu beitragen kann, eine Qualität zu erhöhen bzw. festzustellen, wo man den Bericht vielleicht verbessern kann.

Verglichen mit den drei anderen Berichtsformaten – denen der Amerikaner, der Kanadier und auch der NATO – denke ich, dass der Schwerpunkt wirklich derjenige ist, dass der deutsche Bericht, wie gesagt, die qualitativen und quantitativen Bewertungskriterien hat. Viele andere Berichte verstärken sich auf das Eine oder Andere. Insofern kann man sagen, hier liegt der Vorteil in der Einheit der Vielfalt, und die notwendigen Leitfragen nach dem Zeitrahmen der Indikatorendefinition und auch der Indikatoreninformation, der Ermittlung und auch der

Sammlung – diese Punkte sind gegeben. Insofern denke ich, dass mit großem Interesse der Fortschrittsbericht dann abgewartet werden sollte, der ja Mitte Dezember erscheint.

Was ich denke, was man vielleicht in Afghanistan besser machen könnte – und ich weiß, dass die Bundesregierung seit über zehn Jahren über ein mehr oder weniger aktuelles Erfahrungsmanagement und einen Horizont verfügt -, dass man wirklich attestieren kann, dass es sich um das Agieren einer lernenden Organisation handelt, dass man vielleicht mit innovativen Ansätzen nachhaltigere Anreize schaffen kann. Und ich möchte mich hier speziell nur auf den Polizeisektor beispielsweise fokussieren. Der Ansatz, die Gehälter zu erhöhen, ist m.E. nicht der richtige. Warum? Man kann nicht garantieren, dass dadurch die Loyalität der einzelnen Polizisten erhöht werden kann. Man kann auch nicht die Korruption damit stoppen. Ich denke, wenn man hier in den Sektoren Grundbildung, medizinische Grundversorgung und auch *Housing* mehr investieren würde, könnte man die Leute wesentlich loyaler als Staatsdiener ausbilden. Das heißt, wenn die Soldaten und Polizisten wissen, dass ihre Familien in *compounds* leben, dass ihre Kinder geregelt zur Schule gehen und dass sie im Falle einer Verwundung auch in ein ordentliches Hospital kommen und versorgt werden, dann steigert das nicht nur die Kampfmoral, sondern steigert auch die Loyalität gegenüber dem Dienstherrn. Und das sind Infrastrukturmittelprojekte, die man relativ einfach und schnell auch als Pilotprojekte umsetzen könnte. Und dann könnte man sehen, ob das Auswirkungen auf das Agieren der ANSF hat. Vielen Dank.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank, Herr Dr. Khalatbari. Frau Maaß.

**Dr. phil. Citha D. Maaß, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Bei der ersten Frage möchte ich mich auf die Maßnahmen im zivilen Bereich beschränken und stütze mich dabei auf meine Beobachtungen, die ich während meiner einmonatigen Reise im Oktober nach Masar, Kundus, Taloqan – also die Provinz Takhar – und Faisabad – die Provinz Badakhshan – gemacht habe. Grundsätzlich finde ich die deutliche Anhebung der deutschen zivilen Hilfe im Kontext der Londoner Konferenz positiv. Ich sehe allerdings vier Probleme im Hinblick auf den Mittelabfluss.

Gerade bei dem Kapazitätsaufbaufonds verzögert sich ganz offensichtlich der Beginn der Umsetzung um mehrere Monate, so dass das also die ersten Maßnahmen offenbar erst Anfang nächsten Jahres zu erwarten sind. Also grundsätzlich ein Problem mit Mittelabfluss u.a., weil man auf deutscher Seite Schwierigkeiten hat, qualifiziertes Fachpersonal zur Verwaltung gerade der beiden Regionalfonds des BMZ zu finden.

Zweitens habe ich vor Ort beobachtet aufgrund des Problems Mittelabfluss innerhalb der vorgegebenen Fristen, dass eine Verlagerung von Kapazitätsaufbau auf Infrastrukturmaßnahmen zu beobachten ist. Dazu habe ich ein Beispiel in meiner schriftlichen Stellungnahme aus Taloqan mit Mitteln des Auswärtigen Amtes gegeben.

Drittens ist inzwischen international bekannt, dass die enorme internationale Hilfe indirekt die Korruption in Afghanistan fördert. Ich betone: indirekt. Davon ist damit natürlich auch die enorme deutsche Verdoppelung der Hilfe betroffen.

Und viertens konnte ich vor Ort beobachten, dass US-Gelder, die im Zuge der US-Soldaten im Regionalkommando Nord eingetroffen sind, dass diese US-Gelder die Provinzen überfluten. Ich konnte selbst ein Beispiel davon in Taloqan in der Provinz Takhar beobachten. Und damit wird es noch schwieriger für deutsche Projekte, entsprechende Projektmitarbeiter, einen sinnvollen Projektansatz zu fördern und zu finden, weil die amerikanischen Gelder die Preise verderben, um auf deutscher Seite ausgebildetes afghanisches Personal abzuwerben.

Zum zweiten Punkt: Ich bin im Gegensatz zu meinem Kollegen, Herrn Dr. Khalatbari, sehr kritisch, was die afghanische Regierung und die Selbstverpflichtung angeht. Aus meiner Sicht

hat die afghanische Regierung seit der Londoner Konferenz keine Anstrengung unternommen. Ich verweise auf den gerade erschienenen Bericht der International Crisis Group über den Justizsektor; er liegt draußen aus. Ich habe daraus auch zwei Beispiele zitiert. Ich konnte das auch beobachten - es wird in dem Bericht noch mal verstärkt -: Präsident Karsai hält schützend seine Hand über korruptionsgefährdete Kabinettsmitglieder. Er interveniert direkt in Verfolgung von Korruption. Insgesamt würde ich ihm die Schulnote „Sechs“ erteilen.

Außerdem – Herr Khalatbari hat auch schon das Wahlgesetz angesprochen -: Dort liegt auch das „Aktuell“ unseres Institutes von Thomas Ruttig und mir über die Kontroverse des Wahlgesetzes aus. Auch da hat Präsident Karsai im negativen Sinn interveniert. Außerdem habe ich in meiner Drogenstudie, die Anfang diesen Jahres erschienen ist, auf die Verflechtung zwischen Präsident Karsai und von ihm kooptierten Machthabern mit der Drogen- und Schattenwirtschaft hingewiesen. Ich sehe insgesamt keine ernstesten Anstrengungen auf afghanischer Seite, dass eine bessere Regierungsführung angestrebt wird.

Zur dritten Frage, zu dem Bericht - Herr Khalatbari hat bereits das Stichwort „Gliederung“ genannt -: Es ist natürlich sehr schwierig, zu einer Gliederung eine Stellungnahme zu geben. Die Gliederung ist übrigens im Kontext der Londoner Konferenz zu sehen. Die Londoner Konferenz hat aus meiner Sicht nicht dazu gedient, eine Friedenssicherung herbeizuführen, sondern eine *Road Map* für einen geordneten, gesichtswahrenden militärischen Abzug zu schaffen. Und vor diesem Hintergrund ist zumindest das Risiko gegeben, dass der Fortschrittsbericht der Bundesregierung sich im wesentlichen auf die Zusammenstellung von quantitativer Messung von Input-Faktoren beschränken wird. Es wäre positiv – aber das kann man erst Einsicht des Berichtes beurteilen -, dass auch eine Verbindung zu einer qualitativen Lageveränderung gezogen wird, d.h., zu einer Wirkungsanalyse und der Messung von Output.

Ich möchte mit Stichwort auf das kanadische Beispiel empfehlen, dass eine unabhängige Kommission eingesetzt wird, die alle drei Monate dem Bundestag anhand von ausgewählten Schwerpunkten über qualitative Lageveränderungen berichtet.

Und zum vierten Punkt: Es sind natürlich viele Defizite zu beurteilen, gerade wo sich auch die Bundesregierung noch stärker engagieren kann. Also jetzt weniger Defizite auf deutscher Seite, sondern Defizite auf afghanischer Seite. Der Bedarf ist enorm. Ich möchte mich auf drei Punkte beschränken. Zum einen mal sektoral; da geht es im Hinblick auf den Übergabeprozess vor allem um das Defizit Ausbildung von Provinzverwaltung. Auch da meine Beobachtung in Taloqan. Das Auswärtige Amt plant, in Masar eine Verwaltungsakademie aufzubauen. Soweit ich das beurteilen kann, wird diese Verwaltungsakademie erst in vier bis fünf Jahren die ersten Mastertrainer ausgebildet haben. Wir sollten das negative Beispiel der von Deutschland gebauten nationalen Polizeiakademie im Verwaltungssektor nicht wiederholen. Die nationale Polizeiakademie war im Prinzip richtig, hat aber eine zu lange Ausbildungszeit zugrunde gelegt. Und wenn wir jetzt nur darauf warten, dass die Verwaltungsakademie in Masar in vier bis fünf Jahren dann die Mastertrainer ausgebildet hat, haben wir vier bis fünf Jahre verloren. Deswegen schlage ich vor, dass eine flexible Verbindung mit mehrmonatigen Kursen in den jeweiligen Provinzen im Norden, also dem deutschen Verantwortungsbereich, mit dem längerfristigen Aufbau der Akademie verbunden wird. Auch da verweise ich auf meine schriftliche Stellungnahme.

Zweitens: Herr Khalatbari hat bereits auf das formale Fehlen von politischen Parteien verwiesen. Um dieses enorme Defizit auszugleichen, gerade vor dem Hintergrund, dass ich keine wesentlichen Anstrengungen auf Seiten der afghanischen Regierung zu besserer Regierungsführung sehe, plädiere ich dafür, dass Reformkräfte in einem sehr weit definierten Sinn schwerpunktmäßig von deutscher Seite gefördert werden. Unter Reformkräften verstehe ich junge Afghaninnen und Afghanen, zivilgesellschaftliche Gruppen, aber auch traditionelle Autoritäten, d.h. Dorf- und Stammesälteste, aber auch, was ich „Reformulas“ genannte habe.

Denn auch die finden wir durchaus im Bereich der islamischen Geistlichkeit, Mullahs mit offenem Sinn. Die sollten in dem Sinn gefördert werden, dass sie allmählich zu einer kritischen Masse heranwachsen, um von innen heraus Reformen von der afghanischen Regierung einzufordern. Denn ich sehe nicht, dass die internationale Gemeinschaft Präsident Karsai zu diesen Reformen bewegen kann, weil Karsai der Partner für den Übergabeprozess ist, und damit hat die internationale Gemeinschaft im Grunde keine Druckmittel mehr gegenüber der afghanischen Regierung.

Und als letzten Punkt, als Leitlinien für einen Kapazitätsaufbau, halte ich es für ganz notwendig, dass bedarfsorientierte Projektansätze statt der geberdominierten angewandt werden; d.h., dass die Konzepte nicht mehr in Eschborn oder in Berlin oder in New York oder Brüssel entwickelt werden, sondern vor Ort mit Vertretern der afghanischen Gesellschaft diskutiert wird: was braucht ihr an Kapazitätsaufbau? Wo liegen eure Bedürfnisse?

Als zweites ganz wichtig: Eigenverantwortung, Hilfe zur Selbsthilfe fördern. Gerade das wird eben durch das Überfluten mit US-Geldern erschwert. Und das ist deswegen für mich so wichtig, weil die internationale Gemeinschaft seit der Bürgerkriegszeit in Afghanistan eine Nehmermentalität gefördert hat. Afghanistan ist immer ein Rentierstaat gewesen. Die internationale Hilfe fördert auch diese Eigenschaft als Rentierstaat, und auch die lokale Bevölkerung meint immer noch, dass sie von außen subventioniert werden muss. Dagegen sollte also auch angegangen werden, damit eben die Eigeninitiative innerhalb der afghanischen Gesellschaft gefördert wird. Danke schön.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank, Frau Maaß. Herr Köhler.

**Jan Koehler, Osteuropa-Institut und Sonderforschungsbereich (SFB) Governance in Räumen begrenzter Sicherheit an der Freien Universität, Berlin:** Ja, ich bedanke mich ganz herzlich für diese Einladung. Ganz kurz zu dem, was ich kann und was ich nicht kann, auch zur Einschätzung dessen, worin sich meine Expertise befindet. Ich arbeite seit 2003 mit sozialwissenschaftlichen Methoden hauptsächlich im ländlichen Raum in Afghanistan, Ostafghanistan und vermehrt jetzt im Norden. Deshalb beziehen sich die Sachen, die ich sage, eher auf die afghanische Perspektive, und eben dort, vor allem im Nordosten, wo wir in den letzten Jahren sozialwissenschaftliche gearbeitet haben.

Die gute Nachricht ist, dass das übergeordnete Ziel einer verantwortungsvollen Übergabe der vollständigen Regierungsverantwortung an den afghanischen Staat von der Bevölkerung im Norden weitgehend geteilt wird. Dis gilt insbesondere für den Bereich Sicherheit; also eine Afghanisierung der eigenen Sicherheit aus afghanischer Perspektive wird so von unseren Interviewpartnern in den qualitativen und quantitativen Arbeiten, die wir machen, bestätigt. Die schlechte Nachricht ist, dass gleichzeitig der bis 2007 im Norden nachweisbare subjektive Sicherheitseffekt der ISAF-Präsenz im Norden weiter schwindet, als dass der Wunsch nach einer Afghanisierung von Sicherheit trotz stärkerer Investitionen in Ausbildung und Leistungsfähigkeit der afghanischen Sicherheitskräfte sowie der lokalen Administration noch theoretisch bleibt.

Und dafür gibt es Gründe. Ein Grund ist die erfolgreiche Verdrängung des Staates durch die Taliban aus manchen Distrikten auch im Norden. Ein weiterer Grund ist das Problem der Milizgründung jenseits effektiver staatlicher Kontrolle, was ein massives Sicherheitsproblem aus der Perspektive der Menschen auch im Norden des Landes ist. Ein weiteres Problem ist, dass kurzfristig, zumindest kurzfristig, mehr Sicherheitsoperation auch mehr Unsicherheit für die Bevölkerung bedeutet; und dass diese Eskalation an Sicherheitsoperation seit einem Jahr eben von vielen Afghanen als fremdgesteuert wahrgenommen wird. Stichworte: Eskalation von amerikanischer Truppenpräsenz, Special Force-Operationen, Black Box-Operation usw.

Und ganz entscheidend, dass die Deutungshoheit über diese Unsicherheit dann häufig den Tali-



ban überlassen wird und auch von denen beansprucht wird, d.h., die Erklärung darüber, die Einordnung dessen, was es bedeutet, dass jetzt mehr Unsicherheit, wenn es auch kurzfristig nur ist, eher im Rahmen der Eskalation von Truppenpräsenz und Operation stattfindet, wird nicht wirklich besetzt, wird nicht wirklich erklärt, wird nicht wirklich vermittelt. Zumindest kommt es nicht an auf afghanischer Seite. Und die wildesten Gerüchte halten sich und werden geglaubt. Dazu kann ich in der Diskussion auch gerne konkrete Beispiele bringen.

Im Bereich Entwicklung: Auch dort gibt es gute Nachrichten und schlechte Nachrichten. Die gute Nachricht ist, dass insbesondere über das *National Solidary Program*, aber auch über entwicklungsorientierte Nothilfe über verschiedene Distrikt- und Provinzentwicklungsfonds – einige sind schon genannt worden – und einige professionelle INGOs, also internationale Nichtregierungsorganisationen, Entwicklung weitgehend in die Fläche gebracht wurde. Hier finden kaum noch in den Dörfern, die wir regelmäßig besuchen, auch in den hinterletzten Tälern, Dörfer, die nicht in irgendeiner Weise von Entwicklungsmaßnahmen betroffen worden sind. Das heißt, der *roll out* in die Fläche hat stattgefunden. Und es werden Verbesserungen des Alltages auch wahrgenommen von den Afghanen und honoriert. Aber das heißt nicht, dass dadurch auch eine Sicherheitswirkung im Sinne der Akzeptanzsteigerung stattgefunden hat. Dort, wo rudimentäre Sicherheit fehlt und Angst vor Gewaltakteuren und Willkür dominiert, bleibt dieser Effekt aus. Das heißt, dieser Effekt ist voraussetzungsreich und kann nicht einfach vorausgesetzt werden.

Zur Beurteilung der Maßnahmen der afghanischen Regierung ist schon einiges gesagt worden, das muss ich hier nicht wiederholen. Ich möchte aber auf drei Punkte eingehen, die die Glaubwürdigkeit der afghanischen Regierung negativ beeinflussen. Und die benenne ich als Abwesenheit, Machtmissbrauch und als alternative Regierungsführung durch die Taliban.

Im Norden haben wir im letzten Jahr während unserer Arbeit vor Ort verschiedene *Governance*-Zonen identifizieren können. Also, es ist relativ banal mittlerweile, immer wieder zu wiederholen, dass Afghanistan nicht Afghanistan ist, sondern dass man sehr genau hinschauen muss und dass es sehr unterschiedliche Bedingungen gibt, was natürlich für den Kriterienkatalog und der Bemessung von Erfolg dann wichtig ist. Diese *Governance*-Zonen sind hochrelevant. Also, Regierungsführung sieht nicht gleich aus. Wir finden im Norden die ganze Bandbreite von *Governance by Government*, also dort, wo wirklich die Regierung auch regiert und bestimmte Leistungen bringt, besonders in der Nähe der administrativen Zentren. Wir finden aber auch Zonen absoluter Machtwillkür, fast immer noch dieses Kommandon-Herrschaftssystem, was sich teilweise unter dem Deckmantel von staatlichen Ämtern weiter entfaltet hat, wie in Rustak zum Beispiel in Takhar. Wir finden entlegene Gebiete, die sich selbst organisieren, in denen wir Selbstorganisation vorfinden, die teilweise ganz gut funktioniert, so lange sie in Ruhe gelassen wird sowohl von Aufständischen als auch von korrupter Regierung. Und wir finden mittlerweile auch im Norden Bereiche von Taliban-*Governance*, also von alternativer *Governance*, in denen die Taliban nicht nur rausdrängen, sondern auch Alternativen im Bereich von Recht und Ordnung und Gewaltkontrolle anbieten, Kernbereiche der Taliban-Regierung.

Weiter ist der Legitimationsverlust durch manipulierte Wahlen vor allen Dingen im Norden ganz entscheidend und kann gar nicht unterschätzt werden. Also, die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen haben einen massiven Legitimationsverlust noch mal im Norden für die Zentralregierung bedeutet, insbesondere weil sich Dshamehad und die Netzwerke der Parteien der jeweiligen Notallianz hier übervorteilt fühlen und eben zunehmend pashtunisch dominiert fühlen. Angst ist eine entscheidende Triebkraft und Angst ist im ganzen Norden verbreitet und im Vormarsch vor ethnisch aufgeladener Gewalt und einer Kollektivbestrafung der Pashtunen als Taliban. Also eine Wiederholung dessen, was 2001 schon mal stattgefunden hat. Und damit wird mittlerweile auch unter der Hand das Tabu diskutiert, dass es eine mögliche Abspaltung

zumindest de facto im Norden geben könnte. Auch die Erfolge der Taliban haben einen negativen Einfluss natürlich auf die Glaubwürdigkeit der Regierung, und zwar vor allen Dingen auch die Erfolge der Mobilisierung unter nicht-paschtunischen Gruppen mittlerweile. Über den Dorfklerus gerade bei den usbekischen Bereichen sind die Taliban flexibler geworden und erfolgreicher geworden in ihrer Mobilisierungsstrategie.

Gleichwohl, Misstrauen in die Zentralregierung heißt nicht Vertrauen in die Taliban. Die Taliban sind im Großen und Ganzen noch immer unbeliebt im Norden. Es heißt im Norden auch nicht notwendigerweise eine Abkehr vom Staat als Institution, also Ablehnung der Regierung heißt nicht unbedingt, dass im Norden der Staat an sich abgelehnt wird. Das ist ganz wichtig, der Unterschied. Deshalb sind aus unserer Perspektive Reformen und Befähigung der subnationalen Verwaltungs- und Regierungsebene weiterhin ein Schlüsselthema.

Zu der Gliederung, die uns vorgelegt wurde, ist schon kompetent mehr gesagt worden als ich sagen könnte. Ich möchte hier bloß darauf hinweisen, dass also die grobe Einteilung im Großen und Ganzen den *INDS* und *Afghan Compact* weiterhin folgt, also in Sicherheit, *Governance* und Entwicklung, dass die im Großen und Ganzen mehr kompatibel, was die Themen angeht - und mehr haben wir halt nicht vorgelegt bekommen als eine Themenliste - für Beobachtungsfelder kompatibel ist mit dem, was es sonst so gibt. Entscheidend wird sein für die Qualität dieses Fortschrittsberichtes, die Ausdifferenzierung von messbaren Indikatoren, über die man dann tatsächlich Veränderungen auch nachweisen kann. Und das ist wirklich schwierig, da sitzen wir als Wissenschaftler auch dran. Wir machen im Moment gerade ein Stabilisierungsmonitoring im Nordosten für Gelder, die vom Auswärtigen Amt über die KAW und dann *Development Network* umgesetzt werden. Und das ist sehr schwierig, wirklich messbare, berichtbare, beobachtbare Indikatoren zu entwickeln, die wirklich auch an der Realität bleiben und trotzdem einen Überblick verschaffen. Daran sind bisher auch die Zielsysteme der NATO so oft gescheitert. Das Jetto *(???)* z.B. sah sehr gut aus, sah auch von den Themen her sehr ähnlich aus, ist aber dann letzten Endes in der Ausdifferenzierung gescheitert.

Ganz kurz zur Schlussfolgerung noch, die ich hier schlaglichtartig nur für die Diskussion in den Raum stellen möchte. Die Tatsache der verpassten Chancen, die wir, denke ich, anerkennen müssen, und der geschlossenen Zeitfenster heißt nicht, dass keine Entwicklung hin zu mehr Stabilität mehr möglich ist. Allerdings bin ich der Meinung, dass der Westen sich von einigen liebgewordenen Denkgewohnheiten verabschieden muss. Und die möchte ich ganz kurz – die wichtigsten – hier benennen.

Erstens: Die Taliban werden aller Wahrscheinlichkeit nach militärisch und politisch unbesiegt nicht nur an der Gestaltung der zukünftigen Regierung, sondern auch des zukünftigen Staates beteiligt sein. Und das heißt auch, dass unter Umständen die Verfassung noch mal aufgerollt wird. Dies wird im Norden ganz andere Folgen haben als im Süden oder im Osten des Landes und kann zu ethnischer Gewalt oder sogar Abspaltungsbestrebungen führen, vermutlich eher de facto als de jure, denn de jure stand es in Afghanistan bisher noch nie im Raum, de facto allerdings nur pro forma eine Zentralregierung, faktisch natürlich sehr viel lokale Autonomie.

Entwicklung als Friedensdividende mit akzeptanzsteigernder Wirkung für Regierung und Interventen greift nicht überall gleich. Es setzt ein Mindestmaß an Landfrieden voraus. Und dieser Frieden, dieses Mindestmaß an Frieden ist in Afghanistan auch im Norden schnell durch entschiedene Interventionen von Gewaltakteuren zu stören. Und das ist genau das, was in den letzten anderthalb Jahre passiert ist. Es war eine Taliban-Intervention, hauptsächlich von außen gesteuert, die es geschafft hatte, im Norden einige Provinzen, die vorher sehr stabil waren auch aus afghanischer Perspektive, massiv zu destabilisieren. Also, das ist voraussetzungsreich, dass Entwicklungszusammenarbeit in dieser Weise akzeptanzsteigernd wirkt.

Und zuletzt die Deutungshoheit über den nicht abgeschlossenen Staatsbildungsprozess wird nicht nur, aber auch durch erfolgreiche Kommunikation mit Multiplikatoren auf kommunaler Ebene erreicht. Und das sind in Afghanistan eben Journalisten und Lehrern ganz entscheidend auch die Mullahs und Imame. Und eben auch gerade mit denen – nicht nur mit denen, die sowieso schon aufgeschlossen sind - ist zu sprechen, ist zu kommunizieren, sondern gerade auch mit den anderen; denn die Taliban sprechen mit denen. Das sind die Einfallstore der Taliban auf Dorfebene. Und daran mangelt es, und zwar sowohl der afghanischen Regierung als auch den Interventen bisher massiv. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank, Herr Koehler. Herr Nachtwei.

**Winfried Nachtwei, MdB a.D., Münster:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, endlich, dass diese Anhörung zu diesem Thema stattfindet. Das war lange, lange überfällig, sich mit einer systematischen Wirksamkeitsbewertung so zu befassen, mit einer ungeschönten Zwischenbilanz. Das ist unbedingt notwendig aus drei Gründen.

Erstens: Um ein mögliches desaströses Scheitern zu verhindern, um den Militäreinsatz glimpflich runterfahren zu können und um zum Teil, so finde ich, zu Recht verlorenes Vertrauen wieder etwas zurückzugewinnen zu können. Wenn ich zurückgucke in die letzten Jahre: Wir hatten keine seriöse fortlaufende Sicherheitslage, sondern nur Meldung von Ereignissen. Und die Kollegen, die in bestimmten Sitzungen sitzen, wo das rote Licht ist, da werden mal Schaubilder gezeigt. Oder beim Briefing in Kabul werden Schaubilder gezeigt, mit Kurvenverläufen usw., mit Gesamttrends. Aber eine vernünftige Sicherheitslage meiner Erfahrung nach bisher nicht vorliegend und zweitens auch keine erkennbare Aufbaulage. Zu Sektoren kann was gesagt werden. Zu einzelnen Projektverläufen kann was gesagt werden. Aber mein Problem immer noch bei dutzenden von Veranstaltungen: Ist das der Tropfen auf dem heißen Stein, ist das der kühlende Wasserstrahl? Teilerfolge unbestreitbar, bis heute, aber den Stellenwert, das Gewicht dieser Teilerfolge, kann man sehr schwer bemessen.

Und deshalb also eben gut, dass es endlich dazu kommt. Allerdings – und Sie gestatten, dass ich jetzt wegen des Zeitmangels nur zu den Fragen drei und vier Stellung nehme; zu den ersten habe ich Ihnen hier also auch Material mitgebracht. Für die Abgeordneten kann das so knapp reichen, selbst kopiert. Und deshalb also nur jetzt zu den Fragen und vier. Was die Dringlichkeit also noch angeht: Mir ist also aufgefallen, in nachträglichen Analysen stärker als in der Zeit, als ich hier in dem Geschäft so drin war, dass mit der Zeit sich entwickelt haben Strukturen von Selbsttäuschung, Realitätsverlust und Täuschung. Nicht persönlich zum Vorwurf zu machen, das nicht, aber diese Strukturen jedenfalls. Und diese Spiralen, die müssen unbedingt durchbrochen werden.

Was diesen Gliederungskatalog, was überhaupt also Wirksamkeitsbewertungen angeht: Die methodischen Probleme sind unbestreitbar ganz erheblich. Stichworte: Es gibt erhebliche Erhebungshindernisse, viele Gebiete sind gar nicht erst erreichbar. Erst recht also eben – wer will das erheben in Char Dareh wie da also konkreter die Situation ist oder in Sangin usw.

Dann zweitens: Es fehlt also auch an dem, was man so Sensoren nennt im Norden meines Wissens, von militärischer Seite, ganze Vierzig für ein Gebiet der Hälfte der Bundesrepublik. Und dann eben nicht zu übersehen die verschiedenen Interessen, Organisationsinteressen, nationale Interessen, Ressortinteressen, die da reinspielen und wo es selbstverständlich immer gewisse Selbstlegitimationsinteressen, Absicherungsdenken usw. gibt.

Der Katalog selbst: Dass der Fokus bei dem Fortschrittsbericht gelegt werden soll auf den Norden, ist grundsätzlich richtig. Aber bitte nicht fortsetzen das, was in der Vergangenheit Tradition war, nämlich deutsche Nabelschau. Nur gucken auf das, was im deutschen Hauptverantwortungsbereich läuft, de facto in der Öffentlichkeit fast nur, was im Raum Kundus läuft. Schon in der Provinz Balkh wurde nicht mehr zur Kenntnis genommen. Aber wie

es mit Afghanistan weitergeht, entscheidet sich also nicht eben im Norden, sondern in anderen Gebieten und das muss mit beachtet werden. Das darf nicht so weiter ausgeblendet werden wie bisher. 27 Bereiche sind hier genannt worden. Gut, das ist also eine ziemliche Vollabdeckung, aber die Frage ist, ob es nicht sinnvoller ist oder sinnvoll ist, dies durch eine Schwerpunktsetzung, durch eine Priorisierung zu ergänzen.

Was als ein Punkt meiner Meinung ausdrücklich fehlt, die eigenen Kräfte. Die eigenen Kräfte, also die deutsche Aufstellung in der Diplomatie – militärisch, das ist bekannt; polizeilich ist auch einigermaßen bekannt und zivil, das hört man auch so eben in Antworten auf Anfragen usw. Aber das ist in der Öffentlichkeit wenig bekannt. Zu eigenen Kräften gehört auch der Zustand des *Comprehensive Approach*, der kohärenten Zusammenarbeit, was sozusagen als Anforderung an die Ressorts selbstverständlich gilt, in der Wirklichkeit aber höchst unterschiedlich umgesetzt wird. Leute vor Ort sagen, zwischen uns klappt es inzwischen pragmatisch. Aber zugleich verschiedene Arbeitsebenen sagen, dass *Comprehensive Approach* insgesamt – jetzt bezogen mal eben nur auf die Regierungsressorts – mehr Lippenbekenntnis als Wirklichkeit sei. Also, die eigenen Kräfte sind unbedingt dabei zu berücksichtigen.

Bei der weiteren Operationalisierung dieser Gliederungspunkte, da sind in der Tat die verschiedenen Berichte sehr hilfreich. Der holländische Bericht vom *Liaison Office* jetzt im August diesen Jahres, der kanadische Bericht und der amerikanische Bericht zuletzt im April. Und hier haben allerdings diese Länder, vor allem Kanada und die Niederlande, den Vorteil, den wir nicht haben, sie haben nämlich eine Ausgangslage. Die Holländer haben 2006 eine Ausgangslage vom *Liaison Office* analysiert und können damit vergleichen: Was hat sich weiterentwickelt, wo Stillstand, wo vielleicht sogar Rückstand. Und das ist also eben im deutschen Fall nicht so, wie man leider immer wieder aus Afghanistan hört. Aus den PRTs gibt es auf deutscher Seite eine institutionalisierte Vergesslichkeit, aber jedenfalls kein institutionalisiertes Gedächtnis.

Also, dies also nur als Ratgeber, bei den Kanadiern, mit den sechs prioritären Bereichen, 21 Benchmarks und dann 44 Fortschrittsindikatoren, Baselines und Targets, ist das dann runter operationalisiert. Die ISAF-Erfassung ist die konkreteste, umfassendste. Allerdings läuft die zurzeit auf zwei Ebenen: Headquarter politisch-strategisch und dann auf den anderen Ebenen, aber für Normalbürger nicht einsichtbar. Das ist das Problem dabei.

Was die Zeithorizonte angeht: Erster Zeithorizont wäre Abzug 2011. Ich habe bisher keine Hinweise gehört, dass das zu einem Rückgang von Kriegsgewalt führen würde, sondern nur Hinweise bekommen, dass dieses zu einer Explosion von Kriegsgewalt führen würde. Zeithorizont, Kampftruppen, Abzug bis 2014. Das ANA-Ziel ist sehr ehrgeizig, sehr ehrgeizig, aber wenn, dann noch am ehesten erreichbar. Was die afghanische Polizei angeht, ist 2014 sicher keine eigenständige Operationsfähigkeit erreichbar. Konsequenz: Man muss in dem Bereich deutlich schon längere Engagementperspektiven drin haben. Und dann noch so eben – das ist ja unbestritten und offenkundig – bei Development und erst recht Governance braucht es viel, viel längere Zeit, viel, viel längere Unterstützung.

Eine Bilanzierung ist kein Selbstzweck, sondern sie soll ja Fundament, Ausgangsbasis sein eben für eine fundiertere, aussichtsreichere Politik. Und was die Schlussfolgerung angeht, möchte ich mich jetzt nur noch beschränken auf die Voraussetzungen, besseren Voraussetzungen hierzulande für eine wirksamere Afghanistanpolitik. Erstens: Ein klareres und ehrliches Mandat. Klareres Mandat bedeutet – ein Beispiel -: Es steht bis heute noch drin, Bewahrung von Sicherheit für Verhältnisse, wo Sicherheit in Teilen des Einsatzgebietes verloren gegangen ist. Aufgabe, ehrlich gesagt, ist Wiederherstellung von Sicherheit, das ist ein bisschen was anderes. Also, ehrliches und erfüllbares Mandat. Und zweitens: Umfassendes Mandat. Wir haben bisher immer – das ist die Schattenseite der Parlamentsbeteiligung – eine militärlastige Diskussion, wo also eben die diplomatischen, polizeilichen, zivilen Aufgaben

unterproportional Beachtung finden, erst recht in der Öffentlichkeit unterproportional Beachtung finden. Und deshalb eben auch die diplomatischen, polizeilichen, zivilen Aufgabenkapazitäten zu benennen, wäre sehr notwendig.

Ressortgemeinschaft hatte ich vorher als Defizit angesprochen. Hier wäre es notwendig, ressortgemeinsam endlich eine Lage zu erfassen, wie ist das Engagement zu planen und auszuwerten. Und ich sage ausdrücklich: ressortgemeinsam. Das natürlich in einer laufenden Legislaturperiode so hinzukriegen, einen ressortgemeinsamen Korpus, wäre eine besondere Anstrengung, aber vielleicht angesichts der Dringlichkeit dieser Frage doch sehr bedenkenswert.

Die Begleitevaluierung, die ja fortgesetzt werden soll: Da ist die Erfahrung sicher am besten bei den Kanadiern, Quartalsberichte für das Parlament und für die Öffentlichkeit. Und da wäre es allerdings, glaube ich, angebracht, mehr Unabhängigkeit da rein zu bringen, weil das ist in keiner Weise dann Unterstellung oder Vorwurf gegenüber Mitarbeitern der Ministerien. Aber Mitarbeiter von Ministerien können nur begrenzt offen und ehrlich sagen, was los ist, was vielleicht nicht läuft.

Und der letzte Punkt: Wenn man in Afghanistan ist, ist es in der Regel bei vielen so, Begegnungen mit Politik sind eher deprimierend. Was am ehesten noch Hoffnung macht, etwas Hoffnung macht: Begegnung dort mit den Menschen. Und das, meine ich, ist ein ganz zentraler Punkt, dass man – bezogen auf die vielen Diplomaten, Soldaten, Polizisten, Entwicklungshelfer, die hingeschickt werden – als erstes klar haben muss: Die leisten sehr Gutes, sehr aner kennenswert. Aber sie brauchen auch ein Interesse an ihrer Arbeit, wenn sie zurück kehren. Sie brauchen verlässliche Aufmerksamkeit und Fürsorge, wenn sie verwundet, wenn sie geschädigt wurden. Und daraus ergibt sich, finde ich, die Verpflichtung für die Politik zu einem klaren und erfüllbaren Auftrag auch unter dem Gesichtspunkt. Danke schön.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank, Herr Nachtwei. Wir kommen jetzt zur Aussprache und machen das so, dass zunächst die Fraktionen in der gewohnten Reihenfolge das Wort erhalten. Und dann werden wir wieder eine Antwortrunde von Ihnen dazwischen schalten. Also, ich bitte Sie, sich entsprechend Notizen zu machen. Herr Kiesewetter.

**Abg. Roderich Kiesewetter (CDU/CSU):** Ja, guten Morgen. Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Zunächst herzlichen Dank für Ihren umfassenden und vor allen Dingen auch sehr engagierten Vorträge. Wir von der Union unterstützen den Ansatz der Bundesregierung, hier einen Kriterienkatalog zu entwickeln mit quantitativen und qualitativen Faktoren. Wir sind sehr gespannt, wie sich das ausgestaltet. Aber den Ansatz unterstützen wir umfassend.

Zu den Fragen, zunächst zu Herrn Khalatbari. Ihr Hinweis auf eine Priorisierung der Indikatoren, zeithorizont-bezogen, ist sicherlich hilfreich. Welche Ziele sind denn aus Ihrer Sicht in den für Sie zentralen Kriterien realistisch? Das ist der eine Punkt. Und der andere Aspekt ist: Wenn Sie ansprechen die künftige Finanzierung der Sicherheitskräfte, halten Sie es für sinnvoll zu schauen, dass diese Sicherheitskräfte zum Teil umgewidmet werden in eine Art zivilen Gesellschaftsdienst im Bereich Gesundheitswesen zum Beispiel?

Dann eine Frage an die Frau Maaß: Sie sprechen an die Verdoppelung der Entwicklungshilfe und die Schwierigkeit bei der Aufnahme dieser Überflutung der Gelder. Und Sie sprachen insbesondere auch die Überflutung – wie Sie es nannten – durch die Amerikaner an im Norden. Wie ist aus Ihrer Sicht die Lösung? Ich meine, wir können ja verschiedene Punkte ansprechen. Sollen wir weniger Entwicklungshilfe leisten? Oder sollen wir unsere Entwicklungshilfe einfrieren, solange die Ausbildung läuft? Wie stellen Sie sich diese flexible Verbindung zwischen kurzfristigen und längerfristigen Maßnahmen konkret vor? Und dann sprachen Sie auch an, dass die US-Gelder die Preise verderben. Wie können Sie sich konkret eine bessere Koordinierung vorstellen? Also, ich will jetzt nicht für mehr Verwaltung werben. Aber müsste

es nicht einen Bereich geben, der die gesamte Hilfe zwischen Amerikanern und anderen, insbesondere den Deutschen im Norden, koordiniert und wie sollte das aufgebaut sein? Und dann sprachen Sie von der kritischen Masse der Intellektuellen oder Aktiven in der Gesellschaft. Wie sollen wir das schaffen, ohne die kritische Masse zu verlieren bzw. dass die kritische Masse sich auch dauerhaft dann einbringt? Vielleicht auch eine Verbindung zu einem gewissen Gesellschaftsdienst.

Herr Koehler, in Ihrem Bereich sprechen Sie von der fast flächendeckenden Umsetzung der Entwicklungsprojekte. Das klang ja im Großen und Ganzen vergleichsweise positiv. Auf der anderen Seite sprechen Sie den Einfluss der Taliban und auch die Deutungshoheit, die die Taliban in einzelnen Bereichen gewinnen. Zwei Aspekte: Zum einen sehe ich bei Ihnen Ansätze, dass wir eine andere Kommunikationsstrategie brauchen. Die Taliban sind ja in vielen Bereichen schneller. Sie formieren falsch, aber sie haben erst mal – wie Sie es auch nennen – die Deutungshoheit. Wer müsste das anpacken? Wie können wir das ändern? Zum andern sagen Sie, dass Taliban in einzelnen Bereichen im Norden ja eine Schattenregierung bilden oder zunehmend Einfluss haben. Wenn wir das ins Positive wenden: Bestehen dort Anknüpfungspunkte, mit den dortigen Taliban ins Gespräch zu kommen, sie einzubinden und vielleicht auch Verhandlungen zu führen, so dass sie sich auch eingebunden fühlen und die Bevölkerung ein anderes Gefühl der Sicherheit bekommt? Und eine letzte Frage an Sie, Herr Koehler: Wie bewerten Sie die Umgliederung der Bundeswehr, die neuen Einsätze dort mit Blick auf das Partnering? Sehen Sie einen Sicherheitsgewinn im Norden oder ist ein Sicherheitsgewinn absehbar?

An Sie, Herr Nachtwei, Fragen zum Mandat. Ich teile Ihre Einschätzung, dass Schwerpunktfelder und natürlich realistische Ziele definiert werden müssen. Der Punkt aus meiner Sicht ist: Wenn Sie die Militärlastigkeit der Mandate beklagen – ich weiß, dass der Bundestag das in der Vergangenheit immer wieder versucht hat; mir fehlt aber als frisch Gewählter da der tiefere Einblick -: welche Chance besteht, ein ziviles Mandat mit einzubringen, so dass die Nichtregierungsorganisationen und Regierungsorganisationen, die in hohem Maße auf deutsche Steuergelder angewiesen sind bei der Umsetzung ihrer Projekte, mit eingebunden werden und wir damit eine Gesamtstrategie haben, die vielleicht auch den Übergang mit Blick auf 2014 plus ermöglicht, also mehr Kohärenz schafft? Und vielleicht noch eine letzte Frage an Sie, Herr Nachtwei. Sie sagen Road Map; eine deutsche Road Map im Norden ist schwierig zu erkennen. Wie können wir mit Blick auf die Polizeikräfte und mit Blick auf die internationale Gemeinschaft die Frage der Sicherheitskräfte, also der fast 300.000 Sicherheitskräfte in Gesamt-Afghanistan, aber der etwa 40.000 bis 50.000, die wir dann im Norden haben werden, wir können wir die zu einer Einbindung bringen, so dass wir hier nicht eine Schattenmacht haben, sondern hier Loyalitätszuwachs gewinnen? Vielen Dank.

**Abg. Johannes Pflug (SPD):** Ja, zunächst herzlichen Dank an Frau Maaß und an die Herren Sachverständigen. Sie haben hier Ihre erwarteten nüchternen Statements abgegeben. Dass wir hier zusammen sitzen, ist ja darauf zurückzuführen, dass wir – damit meine ich das Parlament, und zwar die Regierungsfractionen und die Oppositionsfractionen mit Ausnahme der Linken, die ja eine andere Afghanistan-Politik seit Jahren vertritt -, aber auch die Regierung eine Politik machen, die eben von der Bevölkerung offensichtlich mehrheitlich seit geraumer Zeit nicht mehr getragen wird, und dass wir dafür Kriterien brauchen zur Beurteilung dieser Politik, die so was wie Fortschritt ausweisen können, und zwar in qualitativ-quantitativer und zeitlicher Perspektive. Damit diese Politik politisch erklärbar bleibt, moralisch erklärbar bleibt.

Frau Maaß hat gesagt, dass es notwendig wäre, dass eine Kommission etwa alle drei Monate Berichte an das Parlament geben würde, an die Regierung geben würde. Das ist der Grund gewesen, warum im Spätfrühjahr diesen Jahres einen Antrag gemacht haben als Oppositionsfraction mit entsprechenden Kriterien, der ja schließlich dazu geführt hat, dass wir

uns mit der Regierung geeinigt haben, dass hier diese Anhörung heute stattfindet. Und ich sage mal, dass die Kriterien – sowohl unseres Antrages als auch die Gliederung des Berichtes, die die Regierung vorgetragen hat – im wesentlichen deckungsgleich sind. Das ist nicht das Problem. Was ich vermisse, was wir vermissen, ist allerdings, dass etwas stärker eingegangen wird auf die notwendige Koordinierung zwischen den einzelnen Ressorts der Bundesregierung sowohl in Deutschland als auch in Afghanistan. Und vor allen Dingen natürlich auch die Koordinierung der Bundesregierung mit den Alliierten und auch die Koordinierung mit der zivilen Entwicklungsarbeit.

Frau Maaß, deshalb auch die Frage an Sie, Bezug nehmend auf Ihre Ausführung zu dieser Kommission. Erstens: Welche Kriterien sollten drin stehen, wenn man Drei-Monats-Berichte bekommt? Wir wollen hier ja keine Arbeit machen, Beschäftigungsprogramm machen für Wissenschaftler, die sich sicherlich noch über zehn Jahre mit diesem Thema später auseinandersetzen können, sondern solche Kriterien haben, die für uns auch entscheidungsrelevant sind für das Parlament. Und wie beurteilen Sie die notwendige Koordinierung?

Ich gebe zu, dass in der deutschen Öffentlichkeit – und da nehme ich Bezug auf Herrn Dr. Khalatbari – sicherlich ein anderes Bild besteht als man es selbst in Afghanistan vermittelt bekommt. Das ist auch mein Eindruck gewesen, als ich hierher zurück kam. Dennoch möchte ich eigentlich alle Sachverständigen fragen, Bezug nehmend auf das, was Herr Koehler gesagt hat, dass die Taliban beteiligt sein werden an der nächsten Regierung auf jeden Fall und dass damit auch die Verfassung zur Disposition steht. Erlauben wir uns nicht hier die nächste Lüge, indem wir sagen: Es sind drei rote Linien, die auf jeden Fall beachtet werden müssen. Dazu gehört natürlich auch die Verfassung, Beachtung der Menschenrechte, Frauenrechte usw. usw. Wenn ich sehe, mit wem die Abgeordneten von Herrn Karsai verhandeln, nämlich mit Quetta Shura, mit Hekmatjar und auch mit dem Hakhani-Netzwerk, dann glaube ich nicht, dass die wirklich die Beachtung der Verfassung im Auge haben. Im Zweifelsfall machen die natürlich ihre zwei oder drei Kreuze unter jedes Papier. Aber damit dürfte es das gewesen sein. Deshalb auch diese Frage: Wie beurteilen Sie diese Verhandlungen? Sind diese roten Linien zu beachten und auch an alle, wie sehen Sie die Abzugsperspektive, die ja mittlerweile von allen Seiten genannt wird? Da ist einmal die amerikanische Abzugsperspektive. Da sind natürlich die Erklärungen der Alliierten, die ihre Jahreszahlen genannt haben, in denen sie Afghanistan verlassen werden. Und es gibt natürlich auch die deutsche Abzugsperspektive, die sagt, ab 2014. Wird Karsai die eigene Sicherheit garantieren oder die Afghanen die eigene Sicherheit garantieren? Also, wir werden im Jahre 2012/2013 abziehen.

**Der Vorsitzende:** Herr Dr. Stinner,

**Abg. Dr. Rainer Stinner (FDP):** Vielen Dank. Vielen Dank auch an die Experten und an die Ausführungen, die Sie gemacht haben, schriftlich und mündlich. Meine Fragen gehen an alle vier Experten, die heute uns zur Verfügung stehen.

Die erste Frage ist – noch mal vielleicht zusammengefasst - Ihre Einschätzung. Wir haben ja, nach meiner Wahrnehmung jedenfalls, durchaus in den letzten Monaten oder im letzten Jahr eine gewisse Richtungsänderung vorgenommen, eine Kohärenz jedenfalls auch durch London und eine Vernetzung. Gehen wir in die richtige Richtung? Oder gibt es aus Ihrer Sicht dort grundsätzlich falsche Weichenstellungen, die wir gestellt haben in Deutschland und auch im Rahmen der NATO? Und würden Sie eine Korrektur empfehlen? Ganz konkret.

Die zweite Frage: Teilen Sie meine Einschätzung, dass bei all den Problemen, die Sie aufgeführt haben, im Zuge der Vernetzung und der Nichtabstimmung zwischen Ressorts wir dennoch hier auch in die richtige Richtung gehen, jedenfalls einen Fortschritt erreicht haben?

Dritte Frage ist die Einschätzung der Taliban. Man kann ja der Meinung sein, durch die Tatsa-

che, dass jetzt die NATO-Truppen, auch unsere Truppen, mehr rausgehen und diese vorgeschobenen Posten in Shadareh machen, natürlich automatisch mehr Feindkontakt da ist und deshalb mehr Gefechte da sind. Und dass kann man ja unterschiedlich interpretieren. Meine Frage an Sie alle ist: Sehen Sie eine Unterstützung der These, die manche äußern, dass die Taliban eigentlich den Höhepunkt ihrer Macht überschritten haben und dass durch die intensive Bekämpfung der Taliban eigentlich wir davon ausgehen können, dass die Taliban in einem halben, in einem Jahr militärisch eher schwächer sind als stärker? Es gibt auch genau die umgekehrte These. Und mich würde also Ihre Meinung dazu interessieren.

Die nächste Frage ist: Wie realistisch sehen Sie dieses Konzept, dem wir uns ja verschrieben haben, Übergabe der Verantwortung in Verantwortung und Übergabe der Sicherheitsverantwortung bis Ende 2014? Wobei sehr klar ist, dass das nicht heißt, dass 2014 der letzte NATO-Soldat Afghanistan verlassen haben wird, sondern wir werden dann weiterhin sicherlich als NATO dort bleiben. Aber nicht in dem Umfang wie bisher, und vor allen Dingen auch nicht in Form von Kampftruppen. Also das Konzept, wie realistisch sehen Sie das?

Und fünfter Punkt, ganz kurz: Unterstützung, das, was Herr Pflug sagt. Ich will es jetzt nicht wiederholen. Rote Linien, wäre für mich auch ganz wichtig. Wie Sie das operationalisieren können, das ist mir nicht so richtig klar und das ist, glaube ich, ein großes Risiko.

Letzte Frage an alle vier, ganz konkret: Wir müssen im Januar ein neues Mandat beschließen. Und ich hätte von Ihnen gerne als Experten möglichst konkret und möglichst sogar auf der Formulierungsebene Vorschläge, wie Sie ein neues Mandat gestalten würden, wenn Sie in unseren Schuhen sitzen würden. Danke schön.

**Der Vorsitzende:** Herr van Aken.

**Abg. Jan van Aken (DIE LINKE.):** Ja, schönen guten Morgen und vielen Dank. Herr Khalatbari, ich habe eine Frage an Sie. In Ihrem Papier, was Sie vorab uns zur Verfügung gestellt haben dankbarerweise, schreiben Sie ja, dass bei der NATO die Rede davon ist, dass nach dem Abzug, dem so genannten, noch 50.000 Soldaten, internationale Truppen, in Afghanistan bleiben wollen. Das ist für mich natürlich kein Abzug. Jetzt stellt sich für mich die Frage: Gibt es Ihres Wissens bei der NATO auch schon eine Diskussion, aus welchen Ländern die zusammengesetzt werden? Werden auch deutsche Truppen diskutiert, dass die nach 2014 da bleiben sollen oder nicht? Und da wir gerade bei dem Thema sind – aus Ihrer aktuellen Erfahrung, Herr Khalatbari -: hat sich eigentlich seit dem neuen Mandat vom Februar tatsächlich was in Sachen Umgliederung bei der Bundeswehr getan im Norden? Also Stichwort Kampftruppen, Ausbildungstruppen. Aus meiner Sicht ist es sozusagen das gleiche Konzept, jetzt nur verstärkt weitergefahren. Aber können Sie aus Ihrer Sicht sagen, ob da tatsächlich so was wie eine Umgliederung stattgefunden hat, ja oder nein, ob ein Aufwuchs bei den Kampftruppen stattgefunden hat oder nicht?

Frau Maaß, an Sie habe ich einige Fragen. Ich finde einen Satz in Ihrem Papier außerordentlich interessant, weil ich ihn teile. Ich teile vieles in Ihrem Papier, aber insbesondere unter Punkt 3 schreiben Sie ausdrücklich, dass die Beschlüsse der Londoner Konferenz nicht einer Friedenssicherung dienen, sondern vor allem einem gesichtswahrenden Abzug der NATO-Truppen. Ich nenne das immer sozusagen, dass die Londoner Konferenz vor allem dazu diene, die Ziele neu zu definieren, so dass man denn in ein, zwei, drei Jahren auch siegreich abziehen kann. Das ist ja das, was Sie hier auch schreiben. Jetzt stellt sich für mich natürlich die Frage: Wenn das denn so ist und wenn es so ist, dass die Amerikaner – wie hoch auch immer – aber ab Juli 2011 ja anfangen abzuziehen – wir haben heute Nachmittag ja Herrn Petraeus hier, da werden wir von ihm wahrscheinlich was hören; irgendwann werden wir im Frühjahr dann die genauen Zahlen, wenn die Amerikaner im Juli 2011 abziehen -; da frage ich mich die ganze Zeit, warum die Deutschen nicht auch anfangen, 2011 abzuziehen. Haben Sie für sich da eine



Erklärung? Oder würden Sie auch sagen, dass es nicht eher Sinn machen würde, dass der Abzug schneller beginnt oder warum die Deutschen da hinterher hängen?

Und denn eine Frage zum Fortschrittsbericht. Das ist was, was ich wirklich nicht verstehe. Ich bin ja Naturwissenschaftler. Und in der Naturwissenschaft misst man einen Fortschritt von A nach B. Ich weiß jetzt nicht, wie die Sozialwissenschaftler das machen. Aber wenn ich Fortschritt von A nach B messe, dann muss ich doch erst mal A definiert haben. Das heißt, ich brauche eine Grundlage. Und wenn ich jetzt im Jahre 2011 einen Fortschrittsbericht mache, dann hätte ich von Ihnen gerne gewusst, gegen was, gegen welchen Ausgangszustand soll das eigentlich gemessen werden, dieser Fortschritt? Ich habe eher den Eindruck, dass das jetzt etwas ist, was zum ersten Mal gemacht wird, dass im Jahre 2011 wahrscheinlich kein Fortschrittsbericht gemacht werden kann, sondern erst mal ein status quo erfasst werden kann. Dann kann man später mal einen Fortschrittsbericht machen. Aber da hätte ich gerne von Ihnen als Sozialwissenschaftlerin mal gehört, wie Sie das eigentlich sehen, dieses Unterfangen der Bundesregierung, jetzt einen Fortschritt gegen was zu messen. Das finde ich eigentlich spannend.

Und den letzten Punkt, Frau Maaß, fand ich auch sehr interessant, was Sie gesagt haben zu den Reformkräften. Ich sehe das auch perspektivisch. Mit perspektivisch meine ich nicht 2012 oder 2014, sondern auf die nächsten Jahrzehnte gesehen. Wahrscheinlich die einzige Chance für einen Demokratisierungsprozess in Afghanistan. Und da würde mich aus Ihrer Sicht interessieren, welche Art von Reformkräften man genauer im Blick haben kann. Wir planen ja auch für Januar eine Afghanistan-Konferenz, wo wir speziell verschiedene Reformkräfte in Afghanistan angesprochen haben, damit sie aus ihrer Sicht hier in Deutschland mal darstellen können, wie sie eigentlich die Zukunft für Afghanistan sehen. Und das würde mich mal interessieren, welche Möglichkeiten Sie sehen und ob Sie eigentlich glauben, dass unter den Bedingungen eines Krieges die Reformkräfte im Moment überhaupt eine Chance haben, sich zu entfalten. Oder ob nicht eher der Abzug der Truppen eine Voraussetzung dafür ist, dass diese Reformkräfte sich überhaupt entfalten können. Danke schön.

**Der Vorsitzende:** Frau Beck.

**Abg. Marieluise Beck (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, auch ich möchte mich recht herzlich bedanken für die Stellungnahmen. Vielleicht vorweg: Ich bin ein Stück groß geworden – politisch – mit einem anderen Krisengebiet, nämlich auf dem Westbalkan. Und das möchte ich mal ganz kurz noch zu unserer eigenen Veränderung anmerken, wie lange, wie langsam der Staatsaufbau im Westbalkan unter vergleichsweise ja sehr viel einfacheren Bedingungen nicht auf dem Hintergrund eines 30-jährigen Krieges, der zu ganz tiefen inneren Zerstörungen des Landes geführt hat, wie lange das gedauert hat. Ich glaube, niemand von uns vor 20 oder 15 Jahren hat das für möglich gehalten. Und insofern geht es sicherlich auch sehr stark um einen Lernprozess bei uns selber und – Winnie, wie du gesagt hast – um die Bereitschaft, zwischen Selbsttäuschung und Täuschung tatsächlich sich die Realitäten anzuschauen, ohne sich dafür zu schämen, dass nicht alles so gelaufen ist, wie wir uns das gedacht haben. Das vielleicht mal vorweg.

Es ist hier eigentlich einvernehmlich von Ihnen geschildert worden, dass der dramatischste und deprimierendste Augenblick dann ist, wenn man auf die Regierungsstrukturen und die politische Landschaft in Afghanistan schaut. Fünf vor zwölf, haben Sie, glaube ich, gesagt, Herr Khalatbari, und Note 6, Frau Maaß, Sie, und hat ja auch ähnlich angeklungen, Winnie. Sind nicht dann tatsächlich, und zwar von der Spitze her der Regierungsführung, die, die dort ja nun installiert worden sind, muss man sagen, durch die westlichen Kräfte, ein Teil des Problems? Und sind wir nicht bereit, auch mit der Londoner Konferenz, wo ja doch große Jubelnachrichten in die Landschaft geblasen worden sind, sind wir nicht da tatsächlich ganz stark im Bereich der Täuschung und Selbsttäuschung? Kollege Pflug hat das eben angesprochen. Die eigentlich

fast harmlos dahin gesprochene Setzung, es wird selbstverständlich in den Grundfesten der Verfassung überhaupt nicht zur Diskussion, rote Linien. Und dann wieder immer noch angeführt, so en passant, selbstverständlich dürfen die Frauenrechte nicht angetastet werden. Und wie das zusammengehen soll, wenn in einer faktischen Ausweitung der Machtbeteiligung der Taliban, die nun tatsächlich ein ganz anderes Verständnis von Frauenrechten und Stellung von Frauen in der Gesellschaft haben, darüber müssen wir uns auch ehrlich machen. Sonst sitzen wir hier in einem Jahr wieder und müssen den nächsten Selbstbetrug abräumen, mit dem wir es zu tun haben. Dazu gehört auch, auch wenn wir über Präsident Karsai sprechen, aber in den unteren Gliederungen - wie Sie erwähnt haben, Frau Maaß – dass wir es faktisch zusätzlich mit einem Drogenstaat zu tun haben. Und wenn wir wissen, wie selbst in Mexiko, Kolumbien und anderen Ländern es kaum möglich ist, Staatlichkeit herzustellen, und wir zu der Kriegssituation, zu dem Eindringen von Pakistan von militärischen Kräften und fundamentalistischen Kräften, dann dazu noch umgehen mit dieser Drogenstaatssituation. Und dazu würde ich auch sehr gerne noch etwas hören. Es hat ja immer auch etwas zu tun, Sie gehören ja zu einem Drogenstaat mit dazu.

Das Fluten des Landes mit Geldern, die dazu gehörende Korruption . gibt es wirklich Chancen, wenn auch noch radikale Kräfte mitbeteiligt werden bei der Regierung, diesen schwachen Staatscharakter, der Spielraum gibt für diese Korruption, tatsächlich stärker zu machen? Und etwas, was ich erlebe schlichtweg in der Alltagsarbeit vor Ort, wenn es um so ganz reale Projekte geht wie Schulaufbau: Wie kann zwischen einem vermeintlichen Schutz von zunehmender bürokratischer Abwicklung – also Kontrolle, damit das Geld nicht versickert -, aber gleichzeitig dann einer solchen Langsamkeit, extremen Langsamkeit von Umsetzung, wie können diese beiden weit voneinander entfernten Pole verbunden werden, so dass wir nicht ersticken in unserer eigenen bürokratischen Sicherung von Erfolgen oder Misserfolgen? Auch das Berichtschreiben kostet ja immer sehr viel Zeit und Kraft, wie wir ja alle wissen. Also wenn wir mit dem berechtigten Anspruch, doch endlich uns ehrlich zu machen, sagen, es muss eine Berichterstattung her, müssen Rückschritte und Fortschritte gezeigt werden, ja, dass nicht die NGOs und alle weiteren ersticken in der Erstellung von Papier und deswegen dann eher die Dinge sich langsamer entwickeln als schneller.

Ganz zum Schluss noch: Winnie Nachtwei, du hast davon gesprochen, dass es sogar Zonen gibt, wo Sicherheit wieder hergestellt werden soll. Und die Frage: Wo sind da die Ansätze? Wir alle suchen dringlichst nach einer Möglichkeit der Rückführung von der militärischen Komponente. Wie sieht das mit der Wiederherstellung von Sicherheit aus? Was sind da für Ansätze zu werten?

**Der Vorsitzende:** So, dass war die erste Runde. Und jetzt eine erste Antwortrunde. Bitte schön, Herr Khalatbari.

Dr. Babak Khalatbari: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte ganz gerne mit den Fragen von Herrn Kiesewetter beginnen. Im Endeffekt war ja der Schwerpunkt auf den Zeithorizont gelegt, und auch die Finanzierung der Sicherheitskräfte und des Gesundheitswesens und auch der *desired end state*. Ich denke, dass man das auch verknüpfen kann, weil wir ja über den Fortschrittsbericht dann sprechen mit der Frage von Herrn van Aken. Ich denke, dass der Fortschrittsbericht als Definition von Punkt A erst mal gesehen werden muss, weil wir natürlich schlecht vergleichen können. Natürlich werden alle Zahlen von 2001, so wie es auch in der Beschreibung des Berichts stand, zusammengefasst. Aber ich denke, dass man zuerst mal den Punkt A definiert, um dann vielleicht in einem halben Jahr – der soll ja halbjährlich geschrieben werden – dann den Punkt B definiert und sieht, wie die Entwicklung verlaufen ist.

Hinsichtlich dieses Punkt A – und das sind ja auch die Punkte, die Herr Kiesewetter angesprochen hat – gibt es erst mal eine Bandbreite des operationalisierenden Herangehens. Und man wird dadurch eine nüchterne und auch akademischere Möglichkeit haben, an den status quo

heranzugehen. Ich denke, dass dadurch dann auch die Anwendung der quantitativen und qualitativen Indikatoren dem Beobachtungsfeld eine gewisse Detailreife geben kann, um dann halt in den Schritten B, C und D zu sehen, was funktioniert und was nicht funktioniert und wo nachgebessert werden muss und wo nicht. Und dass das in puncto Zeithorizont natürlich eine Rolle spielt, nämlich welche Provinzen kann man zuerst übergeben und welche nicht und wo verzögert sich das vielleicht und wo muss man noch nachbessern.

Und der Punkt 3: Das ist natürlich auch hinsichtlich des Katalogs und auch des Zeitfensters und auch der Priorisierung eine wichtige Frage, wie sich hier beispielsweise mehr oder weniger auch Parallelstrukturen oder auch mehr oder weniger Beziehungsgeflechte etablieren können zwischen Indikatoren, die vielleicht auf der einen Seite eine positive oder auch negative Bewertung zulassen. Beispielsweise, ich habe mir den Fortschrittsbericht genauestens angeschaut, der Punkt 4.3 – Erstellung und Umsetzung nationaler Sicherheitsstrategien -, das ist natürlich ein wichtiger Punkt. Wenn der erfüllt wird, ist das natürlich erst mal positiv. Wenn das aber dazu führt, dass beispielsweise der Indikator 26.1, nämlich die Altersstruktur der afghanischen Gesellschaft, die hier auch beschrieben wird, dann kann man sehen, dass es da eine unterschiedliche Bewertungsgrundlage natürlich geben muss, weil der erste Indikator viel wichtiger ist als der zweite. Und das Gleiche ist natürlich auch, dass es hier mehr oder weniger auch Interaktionen geben kann. Beispielsweise wenn die Polizei gut ausgebildet ist, dann ist das natürlich erst mal ein Pluspunkt. Aber falls das dazu führt, dass beispielsweise Menschenrechtler festgenommen werden oder gefoltert werden, dann ist das natürlich in einem anderen Indikator zu verbuchen, dass das natürlich auch ein negativer Einfluss ist.

Generell – um auf die Fragen von Herrn Kiesewetter noch mal einzugehen -: *desired end state*; ich glaube, das ist die wichtigste Frage. Wie muss das definiert werden, was wir uns vorstellen 2014 oder auch 2013 oder auch später? Und da zählt halt nach wie vor die englische Maxime: *too many cooks destroys the pot*. Das ist also viel aussagekräftiger im Englischen als im Deutschen, wo man sagt: „Viele Köche verderben den Brei.“ Dieser *desired end state* wird vielleicht gar nicht mehr in ein, zwei Jahren so aussehen, wie wir uns das jetzt vorgestellt haben, weil – wie Herr Koehler das auch schon vorhin richtig angemerkt hatte – momentan in Afghanistan viel im Gang ist. Ich habe mich selber davon überzeugen können. Wir hatten genau vor einer Woche die größte bilaterale Konferenz zwischen Afghanistan und Pakistan in Islamabad der letzten zehn Jahre und es waren auch genau die Leute dabei, die mit den Taliban verhandeln, nämlich Mohammad Masoom Stanekzai und Herr Ouahfali, die auch beide im *High Peace Council* sind. Und Stanekzai wurde von Karsai zuvor gebeten, die ersten Gespräche zu beginnen.

Und der Punkt ist der, dass natürlich die Insurgenten von dem Afghanistan, dem sie dann vielleicht auch angehören wollen als Teil der Regierung oder wie auch immer, dass dieses Afghanistan ganz anders aussieht als das Afghanistan, was wir uns vorstellen. Und das bedeutet automatisch, dass man erstens überlegen muss, verhandeln mit den Taliban können nur die Afghanen selbst. Das können nicht wir. Das wollen wir auch gar nicht. Das ist auch nicht unser Auftrag. Punkt zwei ist, dass wir feststellen müssen, dass die Leute, die momentan verhandeln von afghanischer Seite nur mit einem ganz kleinen Spektrum Gespräche über Gespräche führen, die noch gar nicht zu Verhandlungen führen. Vielleicht führen können. Wenn man sich jetzt das Beispiel der Sowjetunion nimmt, da gab es sieben Moudjahidin-Gruppen und Pakistan als Nachbarn, in dem all diese sieben Gruppen standen und anwesend waren. Und es hat vier Jahre gedauert, um über Pakistan mit diesen sieben Moudjahidin-Gruppen einen Rückzug der Sowjettruppen aus Afghanistan zu verhandeln. Durch die *Coin*-Strategie, die Bekämpfung der Insurgenz, sind viele Führer entweder eliminiert worden oder gefangen gesetzt worden. Und das bedeutet, dass diese Verhandlungen automatisch viel schwieriger dann aussehen werden, weil man viel mehr Ansprechpartner hat. Man muss sich das vorstellen: Man hatte vielleicht dann in den achtziger Jahren sieben Kobras. Mit

sieben Köpfen konnte man verhandeln, und der Chef von der Zoohandlung, in der die Kobras waren, zu dem hatte man auch gute Beziehungen. Und jetzt wurden diese Köpfe gekappt, und man hat vielleicht 30, 32 Kobras, die – wenn man sie denn köpft – dann immer wieder durch zwei, drei neue Köpfe ersetzt werden. Insofern, die Akteure, mit denen man reden muss, werden mehr und nicht weniger und sind auch ineinander verstritten. Das heißt, die gesamten Verhandlungen gestalten sich wahrscheinlich – so nehme ich das an – viel, viel schwieriger als man bislang annehmen kann. Und vor allem sprechen ja bis jetzt diejenigen auf der afghanischen Seite bisher überhaupt gar nicht mit denen, die wirklich die größten Köpfe sind. Nämlich das Sarkhani-Netzwerk hat überhaupt keine Gesprächsbereitschaft angemeldet. Das sind eher die kleinen Commander, die Interesse an diesen Gesprächen haben. Und insofern, um auf die Frage von Herrn Kiesewetter zurückzukommen, der *desired end state* ist genau das wichtigste, was bemessen werden muss und was auch definiert werden muss. Ich denke, es gibt sehr große Unterschiede innerhalb der NATO-Truppensteller in Bezug der Priorisierung von Menschenrechten, Frauenrechten, Sicherheit etc. etc. etc. Insofern denke ich, dass es hier sehr, sehr sinnvoll und angebracht ist, erst mal einen deutschen Punkt zu finden, einen europäischen Punkt zu finden, natürlich auch den NATO-Punkt zu finden, und hier Synergieeffekte schnell zu identifizieren und auszunutzen, bevor diese Verhandlungen anfangen und man überrollt wird. Oder, was die afghanische Realität ist, einfach vor Tatsachen gestellt wird, die man nicht mehr rückgängig machen kann. Wir haben das bei den Wahlen gesehen und auch bei anderen Dingen, dass man am besten beraten ist, wenn man vorsorgt und nicht nachsorgt.

Herr Pflug hatte ja auch über die Talibanbeteiligung besprochen und Menschenrechte, Verfassung, Frauenrechte – das sind genau diese Punkte, die bei dem *desired end state* erneut zur Debatte stehen und nicht nur von der Talibanseite, sondern auch von uns. Wenn man London, das Communiqué, und auch das Kabul-Communiqué sehr sorgfältig liest, dann sieht man ja auch, dass wir Wünsche adressiert haben. Und es ist einfach nur die Frage, wann die afghanische Seite jetzt anfängt, mit diesen Wünschen umzugehen. Beispielsweise, denke ich, kann man – wir haben ja davon gesprochen, dass es fünf vor zwölf ist oder das Schulnotensystem „Sechs“. Transparency International hat 1,4 benotet; 10 war das Beste, 1 war das Schlechteste hinsichtlich der Korruption. Und wie die afghanische Seite jetzt mit diesem Aufbau der guten Regierungsführung und auch der Kontrolle umgeht, wird eine elementare Frage sein. Und das wird dann auch sicherlich der Fortschrittsbericht sehr gut messen können.

Ich möchte hier einfach nur zwei Dinge nennen. Das hat also auch Frau Beck angesprochen, als sie über die Seriosität der politischen Partner gesprochen hat, nämlich hinsichtlich der Drogenstaatssituation und auch der Mittelkoordination. Es wird geplant sein, in Afghanistan die Arbeitsgruppe Schwerstkriminalität in Zukunft aufzubauen und auch die Strafverfolgung von Korruptionsbekämpfung. Das sind natürlich große Schuhe, in die der afghanische Staat nicht sofort schlüpfen kann. Aber ich bin mittlerweile davon überzeugt, dass es doch erhebliche Schwierigkeiten geben wird, weil – ich hatte das ja schon genannt – Abgabetermin war Oktober dieses Jahres. Und ich habe jetzt – noch bevor ich hierhin geflogen bin – mit einigen afghanischen Ministern telefonieren können. Es gibt hier wirklich ein absolutes heterogenes Lagebild. Es gibt einige Ministerien wie beispielsweise Landwirtschaft, Energie, Wasser, Bergbau, wo man diesem Auftrag sehr stark nachkommt. Es gibt da so eine Zahl momentan, bis jetzt sind 600 Seiten von den Ressorts erstellt worden. Und dann gibt es andere Ressorts, wo man de facto sagen muss, die haben noch nicht mal richtig angefangen. Die nehmen das anscheinend nicht ernst, vor allem im Justizsektor. Und das sind genau die Dinge, wo man mit solchen Problemlagen umgeht, wie man auch den Druck auf den afghanischen Partner erzeugen kann, ohne Karsai so unter Druck zu setzen, dass er dann sich wieder zurückzieht und vielleicht versucht, andere Wege zu finden.

Ich spreche hier über den Iran. Das ist ja das gängige afghanische Verhaltensmuster, wenn der Westen den Druck erhöht, dann kommt jemand aus dem Iran vorbei oder der Karsai und andere

reisen in den Iran, um hier irgendwo so eine Druckwelle zu erzeugen, die natürlich auch wahrgenommen wird, weil sie ankommt. Und das sind Fragen, die sicherlich in den nächsten sechs bis 12 Monaten elementare Bedeutung gewinnen werden.

Herr Stinner hatte gleich einen ganzen Fragenkatalog adressiert, den ich versuche, bestmöglich zu beantworten. Die Fragen gingen breit und tief. Insofern – ich habe jetzt schon neuneinhalb Minuten gesprochen – versuche ich, das sehr schnell, aber bestmöglich aus meiner Warte zu beantworten.

Sie haben gefragt – und das war, glaube ich, auch die wichtigste Frage -: Gehen wir eigentlich jetzt in die richtige Richtung? Ich denke, wir gehen in die richtige Richtung. Allerdings gehen wir unterschiedlich schnell und haben alle unterschiedliche Vorstellungen von Rastplätzen. Ich denke aber, um Ihnen Antwort geben zu können, die amerikanische *Maxime together in – together out*, das ist beruhigend. Ich glaube, niemand wird zurückgelassen. Es gibt immer sicherlich eine Vorhut und eine Nachhut. Damit meine ich, dass es Länder gibt oder besser Provinzen, in denen eine Übergabe schneller stattfinden kann – beispielsweise im Norden als im Süden oder Osten des Landes. Insofern sind die Marschrichtungen sicherlich die gleichen, nämlich Übergabe in Verantwortung, aber das wird wie in einer Schulklasse mit guten und schlechten Schülern unterschiedlich schnell gehen. Manche brauchen 12, 13 Jahre fürs Abitur, manche schaffen es nie und manche brauchen mehr.

Sie haben auch hinsichtlich der Talibanbekämpfung die Frage gestellt. Und da hatte ich ja schon mit der *Coin*-Strategie einiges sagen können und auch mit den Verhandlungsmöglichkeiten, die die Sowjetunion damals bei dem Abzug hatte. Das heißt also, dieses Fragenkonstrukt, was Sie adressiert hatten, das ist sicherlich sehr, sehr wichtig, aber sehr schwierig momentan zu beantworten, weil man gar nicht weiß, mit wem man redet und über was man redet.

Dann die Mandatsgestaltung, von Herrn van Aken. Es gibt natürlich sicherlich viele hier, die die Frage viel besser beantworten könnten. Und das sind die, die eine Uniform tragen. Ich kann Ihnen nur wieder auch die Daten aufzeigen, die mir selber durch Berichte zugetragen worden sind oder die ich durch Gespräche gewonnen habe. Aber ich denke, die Umgliederung ist wesentlich größer, als man sich vorstellen kann. Und davon rede ich jetzt nicht, dass man für die 90 Leute, die aufgrund der Tornadofreisetzung dann umdisponiert werden. Ich meine, wenn man sich überlegt, dass das Regionalkommando Nord sich verdoppelt hat auf 11.000 Soldaten, dann ist das natürlich erst mal was richtig Gewaltiges, weil das ja nicht nur deutsche Soldaten sind. Also auch hier die Kommunikation. Und dann noch generell. Die ANA hat sich seit 2009 von 97.000 Soldaten auf 134.000 Soldaten vergrößert, und die ANP von 94.000 auf 119.000. Und die Trainerzahl der deutschen Involvierten ist von 240 enorm angestiegen, dass wir sagen können, demnächst auf 1.500. Das heißt also, die pure Bekämpfung steht hier nicht nur im Vordergrund, sondern auch der Schutz der Zivilgesellschaft und das Trainieren der afghanischen Sicherheitskräfte.

Auch das wird sicherlich der Fortschrittsbericht sehr gut messen können, nämlich nicht nur die Zahlen – wir haben die Zahlenobergrenzen erreicht -, sondern auch die qualitative Ausbildung. Wie sieht das aus beispielsweise mit Desertationen und auch Drogendelikten und anderen Dingen, sprich: der Qualität der Ausbildung? Vielen Dank.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank. Frau Maaß.

**Dr. Citha D. Maaß:** Ich möchte mit der Frage von Herrn Pflug beginnen, Kommission. Jan Koehler hat bereits darauf hingewiesen, wie schwierig es ist, Kriterien messbare Kriterien zu entwickeln. Ich bin seit Januar letzten Jahres, d.h., also seit zwei Jahren, bei einer von Shape eingerichteten zivilen Wissenschaftlergruppe. Wir haben ein Jahr lang gebraucht, um überhaupt Kriterien zu entwickeln und sind uns immer noch nicht sicher, ob diese Kriterien wirklich das Problem angehen. Ich möchte einen Aspekt herausgreifen. Wenn so eine Kommission –

sagen wir mal – alle drei Monate ausgewählte Schwerpunkte sich vornimmt – es trägt zur Glaubwürdigkeit bei, wenn anhand dieser ausgewählten Schwerpunkte auch auf die Probleme hingewiesen wird. Wenn ich also in Taloqan diese Fortbildungsstätte für Verwaltungsangestellte als kleines Beispiel nehme, hinweisen, warum eben nicht Angestellte aus allen Distrikten daran teilnehmen konnten, welche Schritte man aber eingeleitet hat, um die Trainer, die bislang diese Kurse oder die jetzt angefangen haben, diese Kurse zu geben, völlig unterqualifiziert waren, wie die schon mal fortgebildet wurden. Also, kleine Schritte, aber unter Berücksichtigung der schwierigen Rahmenbedingungen. Ich glaube, dass würde in der deutschen Öffentlichkeit die Glaubwürdigkeit deutlich erhöhen und dann kann auch die Regierung sagen, wir sind da einfach an Probleme gestoßen. Also, Kriterium Glaubwürdigkeit.

Dann, was von Herrn Kiesewetter und Frau Beck angesprochen wurde, Gelder und Überfluten. Grundsätzlich glaube ich, weniger an Geld ist mehr. Weniger ist mehr. Nun hat sich die Bundesregierung im Kontext der Londoner Konferenz verpflichtet, diese fast Verdoppelung im Prinzip bis incl. 2013 weiterzusetzen. Es ist eine internationale Verpflichtung. Meine Empfehlung wäre, dass man vielleicht nicht alle Gelder dann wirklich auch auszahlt, zu dem man sich verpflichtet hat. Infrastrukturmaßnahmen sind notwendig. Wir müssen uns aber vor Augen halten, dass sie häufig auf lokaler Ebene auch wiederum die Korruption fördern, weil – ob nun deutsche oder andere ISAF- PRTs eben auch als Wirtschaftsfaktor gesehen werden. Es wird von den lokalen Machthabern durchaus ausgenutzt. Und mir ist auf meine Reise auch gesagt worden, wenn erkennbar ist, dass z.B. das PRT in Faisabad oder das in Path, in Taloqan geschlossen wird, dass dann möglicherweise mit Anschlägen gerechnet wird, weil eben *western interests* vorhanden sind. Man will weiter davon profitieren, ob nun wirtschaftlich oder vom politischen Status her. Also, weniger ist mehr. Sich überlegen, mit den lokalen Kräften vor Ort besprechen, was kann an Kapazität dort aufgebaut werden. Und Kapazitätsaufbau im Gegensatz zur Infrastruktur erfordert eben weniger Gelder. Also, da ist die Frage, wie macht man es inhaltlich.

Zum Überfluten, gerade mit US-Geldern. Ich habe es in Taloqan erlebt, ich möchte es jetzt auch ganz kurz beschreiben. Ich hatte vor dem amerikanischen stellvertretenden Kommandeur im Regionalkommando Nord gesprochen. Er hat mir stolz erklärt, er ist zeichnungsberechtigt bis zu einer Million US-Dollar. Und er ist dann tatsächlich in Taloqan – hat mir der deutsche Major gesagt und ich war ja auch dabei und konnte es teilweise selbst sehen – mit einem Metallkoffer mit 80.000 US-Dollar Cash eingeflogen, hat sofort dann 5.000 US-Dollar dem deutschen Patt für die Veränderung des Gefängnisses gegeben. Und am nächsten Morgen konnte ich den deutschen Major, den Vorsitzenden vom deutschen Patt, begleiten, weil nämlich der Deputy US-Commander dem Gouverneur der Provinz Tahar gesagt hat: „Überlegt euch, welche Projekte ihr haben wollt, wir finanzieren die.“ Und am nächsten Morgen saß ich mit dem Major beim Gouverneur, und der Gouverneur hat seine Leute gefragt: „Welche Projekte wollt ihr?“ Dann hat er den Major gefragt: „Ja, bis zu welcher finanziellen Größe können wir überhaupt die Projekte überlegen?“ Da musste der Major leider sagen, dass ihm der Deputy US-Commander das nicht gesagt hat, und fügte dann noch hinzu: „Wahrscheinlich müssen wir Deutschen das auch ausbaden, wenn nicht alle Projekte genehmigt werden.“ Das ist für mich genau, wie es nicht gemacht werden soll. Und ich bin – ehrlich gesagt – sehr skeptisch, dass sich die Amerikaner in dem Bereich koordinieren lassen. Ich frage mich, vor 200 Jahren haben die Briten schon festgestellt, *you can't buy an Afghan, you can only rent him*. Sie wollen jetzt immer noch auf afghanische Seite mit Geld Leute kaufen, das kann nicht funktionieren. Deswegen bin ich da skeptisch. Und ich möchte positiv hervorheben: deutsche Projekte gerade im Nordosten haben ja diese Eigenbeteiligung. Und die ist durch das Überfluten mit US-Geldern gefährdet. Das ist mir vor Ort gesagt worden. Also, der deutsche Projektansatz ist im Prinzip richtig.

Herr van Aken, Zeithorizont. Ich werde das auch noch bei anschließenden Gelegenheiten sagen: Man kann z.B. das deutsche PRT Faizabad aus meine Sicht im Frühjahr 2012 übergeben.

Diese Übergabe Prozess könnte im Frühjahr 2011 beginnen. Insgesamt meine ich, dass wir im Jahre 2011 höchstens symbolisch die Obergrenze des deutschen ISAF-Kontingents, sagen wir mal, um diese 350 Soldaten/Soldatinnen reduzieren können, weil wir im Jahre 2011 noch die militärischen Kräfte zur Ausbildung der afghanischen Armee in erster Linie und teilweise auch der Polizei, also Feldjäger, brauchen. Aber ab 2012 kann ich mir durchaus vorstellen, dass das deutsche ISAF-Kontingent deutlicher abgesenkt werden muss. Aber realistisch sehe ich erst im Jahre 2014 auch im Kontext der Londoner Konferenz einen weitgehenden Rückzug des deutschen ISAF-Kontingents. In keinem Fall können wir sofort mit einer massiven Reduzierung beginnen. Und ich erwarte auch von amerikanischer Seite im Juli 2011 nur eine symbolische Absenkung. Also 2011 im Prinzip auf gleicher Höhe, aber 2012 dann eine graduelle Reduzierung. Und die zivile Hilfe muss natürlich sehr lange über 2014 hinaus noch weiter geleistet werden. Es geht daher darum, um im Bereich Governance und Development afghanische Kräfte aufzubauen.

Herr Stinner: Ja, Sie haben viele, viele Fragen gestellt. Erst mal ist es aus meiner Sicht wichtig, dass wir mit drei Hauptgruppen unter den Aufständischen zu tun haben: Mit Hekmatyar, mit Taliban und mit dem Hakhani-Netzwerk. Hekmatyar ist mit einem halben Fuß im politischen System bereits drinnen. Bei den Taliban sehe ich Möglichkeiten für ein Gespräch. Ich komme gleich noch auf Hakhani zurück. Ich glaube nicht, dass die Taliban den Höhepunkt überschritten haben; im Gegenteil befürchte ich, dass die Coin-Strategie unter General Petraeus der letzten, sagen wir mal, zwei Monate verstärkt auf *kill*, also d.h. auf Tötungen von Kommandanten auf der mittleren Ebene abzustellen, kontraproduktiv ist, denn wenn man einen politischen Verhandlungsprozess komplementär einlegt (?), und ich halte ihn für notwendig, braucht man auf aufständischer Seite Kommandanten, die dann diese Gespräche, diese Vereinbarungen, auch durchsetzen können. Und je mehr man tötet, desto weniger Kontrolle kann man ausüben und desto höher ist das Risiko, dass radikale Kräfte von unten nachwachsen.

Und was das Hakhani-Netzwerk angeht: Ich unterscheide zwischen Vater und Sohn Hakhani. Der Vater ist ein religiöser Geistlicher, genießt großes Ansehen. Er ist aus meiner Sicht ansprechbar für politische Gespräche, im Gegensatz zu seinem Sohn. Und je länger man wartet, um Gespräche mit dem Vater aufzunehmen, desto höher ist das Risiko, dass er stirbt. Da läuft uns die Zeit davon. Grundsätzlich – da bin ich anderer Auffassung als Herr Khalatbari – sehe ich überhaupt nur Voraussetzung für einen konstruktiven Gesprächsverlauf, wenn die Amerikaner sich direkt beteiligen. Allerdings in expliziten Geheimgesprächen, die dann auch nicht in die Presse lanciert werden sollten.

Dann – und das führt mich dann auch zu den roten Linien -: Also im Jahre 2011 erwarte ich, ehrlich gesagt, keine wesentlichen Fortschritte bei den Gesprächen, weil dieser Übergabeprozess eine neue Dynamik auslösen wird. Ich halte es aber für empfehlenswert und auch im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit für notwendig, dass wir in der deutschen Öffentlichkeit und natürlich auch in der Öffentlichkeit anderer truppenstellenden Staaten uns über die roten Linien unterhalten. Es wurde mehrmals gesagt, dass die Verfassung möglicherweise geändert werden muss, dass Rechte von Frauen und Menschenrechte, auch die Nichtverfolgung von Kriegsverbrechern, Amnestie, all so was, dass das alles in irgendeiner Form angesprochen werden muss. Ich glaube nicht, dass Deutschland großen Einfluss auf diesen politischen Verhandlungsprozess hat. Aber wir sollten zumindest den politischen Preis in der deutschen Öffentlichkeit diskutieren, damit da einfach ein Bewusstsein geschaffen, dass man eben eine Einbindung von ehemaligen Aufständischen nicht zum Nulltarif bekommt.

Dann vielleicht als Letztes und um meine Zeit jetzt nicht zu überschreiten: Reformkräfte. Es ist von Verschiedenen angesprochen worden. Wir haben noch nicht die kritische Masse, das ist ganz, ganz entscheidend. Ich sehe Fortschritte, ich nehme immer das Bild, wir haben überall vereinzelte Pflanzen, wir haben einige dieser Reformkräfte gestärkt, sie sind aber untereinander

noch nicht vernetzt. Anliegen wäre – und das ist, warum ich eben auch eine Übergabe erst im militärischen Bereich 2014 und zivile Unterstützung darüber hinaus sehe -: Es geht um einen generationenlangen Prozess, diese Reformkräfte zu stärken, damit sie eben dann stark genug sind, eben diese kritische Masse bilden, um von innen heraus diese Reformen einzufordern. Und wir haben auch im europäischen Kontext mehrere Generationen gebraucht, um Veränderungen herbeizuführen. Wenn ich nur mal an die Frauenquote denke, es hat da also mehrere Jahrzehnte gebraucht, bis die Frauenquote jetzt auch in der CSU angekommen ist. Wenn Sie das jetzt auf die afghanische Gesellschaft übertragen – man braucht wirklich mehrere Generationen, um langsam einen Prozess, Reformprozess in der Gesellschaft herbeizuführen.

Und als Letztes – die Frauenquote haben ja die internationalen und afghanische Frauen schon in der Verfassung fürs Parlament reingeschrieben. Aber es geht darum, und das wurde noch mal gesagt, das informelle Patronagesystem von Präsident Karsai und anderen Machthabern ist Teil des Problems. Wir haben aber im letzten November mit der Wiederwahl Präsident Karsais nach hochgradig gefälschten Wahlen eine strategische Wendemarke überschritten. Wir sind als internationale Gemeinschaft, bestätigt durch die Londoner und Kabuler Konferenz, auf die Kooperation von Präsident Karsai in diesem Übergabeprozess angewiesen. Deswegen können wir eben wenig Druck auf ihn ausüben.

Und eine letzte persönliche Bemerkung von mir: Ich war im letzten Jahr acht Monate noch mal in Kabul, also in Kabul und auch in mehreren Provinzen. Und auch jetzt habe ich persönlich den Eindruck, dass immer mehr in der afghanischen Bevölkerung, das lässt sich jetzt nicht namentlich festmachen, aber das die Stimmung in der afghanischen Bevölkerung immer mehr in die Richtung geht: *We want to be in the driver seat*, wir wollen wirklich Verantwortung in unserem eigenen Land übernehmen. Das heißt, die Standzeit der internationalen Militärpräsenz ist begrenzt aus meiner Sicht. Deswegen denke ich, 2014 ist realistisch gesehen, pragmatisch gesehen, ein vernünftiges Datum. Ein letztes Problem: Ich gehe pragmatisch davon aus, dass die Amerikaner nach dem Vorbild im Irak eine militärische Teilpräsenz weiter dort haben werden, und dass wird dann noch mal den politischen Verhandlungsprozess durchaus belasten. Aber das dürfte ein realistisches Szenario sein.

**Der Vorsitzende:** Herr Köhler.

**Jan Koehler:** Vielen Dank. Ich werde mich auf die Punkte konzentrieren selbstverständlich, zu denen ich sprechfähig bin. Das sind nicht alle Punkte, die an mich herangetragen worden sind. Zunächst zu der Frage, ob der *Roll out*, also die Entwicklungsprojekte, die wir in weiten Teilen der Gebiete Nordafghanistans, in denen wir arbeiten, feststellen können, ob das wirklich nur eine positive Nachricht ist. Ja, ich denke schon. Allerdings hat Citha Maaß eben auch zu Recht darauf hingewiesen, wir differenzieren da schon sehr stark danach, ob das jetzt Handgeldprojekte sind, die eben so mit dem Köfferchen aufgebraucht werden. Oder ob das Projekte sind, die tatsächlich mit einer Entwicklungslogik mit echter Partizipation und mit tatsächlicher Beteiligung entweder bedarfsorientiert oder vielleicht sogar fähigkeitsorientiert eingebracht werden. Und auch dort gibt es gute, *best practice*-Beispiele im Norden, insbesondere diese partizipative Provinzentwicklungsfonds, die durch die Sicherheitslage natürlich mittlerweile beeinträchtigt werden. Das muss man ganz offen sagen. Das Monitoring funktioniert nicht mehr so gut. Dadurch ist dann wieder Missbrauch und Korruption Tor und Tür geöffnet. Aber Ansätze sind dafür da, und es gibt eben auch wirklich auch in der Breite halt einfach gute Ansätze. Wie gesagt, das heißt eben nicht, dass das auch sofort einen Sicherheitseffekt hat. Aber darauf habe ich ja schon ausführlicher hingewiesen, dass das halt unterschiedliche Logiken sind, die da greifen.

Die Deutungshoheit hängt damit zusammen, die Frage nach der Deutungshoheit. Ich bin gefragt worden, wie stelle ich mir denn eine Kommunikationsstrategie vor? Ich weiß, dass das BMZ das aufgenommen hat, eben auch diese Berichte und Gutachten, die wir da diesbezüglich erstellt haben, Anfang 2010. Das Problem ist, Entwicklungszusammenarbeit kann hilfreich



sein, um Kommunikation herzustellen. Allerdings hat man bisher massiv Berührungängste gehabt mit zentralen Multiplikatoren in der afghanischen Gesellschaft. Es gibt z.B. keine Kommunikationsstrategie, wie man mit dem Klerus, mit dem, Dorfklerus, mit der Geistlichkeit verfährt. Man hat scheut die wie der Teufel das Weihwasser. Man Angst vor denen. Man weiß nicht, wie man das macht. Nun sind das aber die Menschen, die in Afghanistan nur unter den Taliban politische Macht hatten, die aber immer Deutungshoheit hatten. Der Mullah ist der, der die Welt erklärt. Er ist nicht der, der politische Macht ausübt, außer unter den Taliban. Das ist eben auch das, was sie anzubieten haben. Aber erklären tut er das. Und einordnen tut er das. Und er erklärt, was geschieht und wie das einzuordnen ist. Und deshalb sind das natürlich wichtige Ansprechpartner im Bereich Deutungshoheit, im Bereich Kommunikation.

Einbindung der Taliban dort, wo sie schon regieren. Also, regieren jetzt mit kleinem „r“, wo sie halt ihre Paralleladministration aufgebaut haben und handlungsfähig sind und Recht sprechen und sanktionieren und überprüfen usw. Das passiert natürlich auf afghanischer Seite sowieso schon. Das heißt, es gibt diesen *separate peace*, es gibt diese lokalen Vereinbarungen, um die Mädchenschulen bis zu einem bestimmten Alter wieder zu öffnen. Es gibt Verhandlungen zwischen den Ältesten, was lokale Sicherheitsgarantien angeht. Ja, es gibt sogar Verhandlungen, die werden dann nicht offiziell zugegeben, von Organisationen, die mit Regierungsgeldern Entwicklungsprojekte machen und die für sich selbst eine lokale Handlungsfähigkeit erkaufen wollen, z.B. im Rahmen eines Krankenhauses, und eben sagen, okay, wir drücken hier mal alle Augen zu und hören nicht genau hin, was uns die lokalen Mitarbeiter sagen, wenn es um die Frage geht, ob die Taliban daran beteiligt sind und wie man überhaupt das Einverständnis der Taliban bekommen hat, dass diese Krankenhaus dort funktionieren kann.

Das Problem daran ist, dass, solange es die Politik sowohl von der gewählten afghanischen Regierung – und lassen Sie uns nicht vergessen, auch wenn, es ist hier gefallen, dass die Regierung ja von uns eingesetzt wurde, ja ganz so ist es nicht mehr; es hat Wahlen gegeben und die ersten Präsidentschaftswahlen waren euphorisch und mit großer Partizipation. Es ist nicht so, dass es eine vollkommen westliche Veranstaltung ist, die afghanische Regierung. Solange diese Regierung sagt, wir sind immer noch auf militärischem Sieg aus, und solange sie eine Politik duldet der *Decapitation*, also des Köpfens – das ist ausführlich schon besprochen worden – der potentiellen Verhandlungspartner. Das ist eben eine Strategie, die nur dann wirklich zu rechtfertigen ist, wenn man den Akzent auf militärischem Druck setzt und die Taliban versucht, wieder so weit zurückzudrängen, wo sie halt 2001/2002/2003 einmal waren. Das halte ich für unrealistisch. Wenn man das gleichzeitig tut, dann hat man natürlich nicht die Möglichkeit, als Vertreter von Regierungsorganisationen und Entwicklungsorganisationen oder des Militärs mit diesen also so eine Art lokale Lösung dann auch offiziell auszuhandeln. Deshalb wird das nicht funktionieren, das wird nicht gehen. Da gibt es eben noch eine ganz klare Freund-Feind-Kennung, Partner- und Feindkennung hier.

Hinzu kommt, das ist noch nicht erwähnt worden, deshalb möchte ich das noch unterstreichen: Auf lokaler Ebene ist das nicht so sehr das Problem, aber im Kontext von Verhandlungen, separaten Verhandlungen, Vorverhandlungen mit den Taliban ist natürlich auch noch ein Problem, dass Pakistan da ein großes Wörtchen mitzureden hat und ziemlich deutlich gemacht hat, dass sie gar kein Interesse daran haben, dass „gemäßigte“ Taliban, die durchaus zur Führungsriege gehören oder gehörten, hier separat mit der afghanischen Regierung verhandeln. Dann werden die nämlich plötzlich gefunden und dann werden sie plötzlich festgenommen und nicht ins Gefängnis gesperrt, aber unter Hausarrest gestellt, wenn Verhandlungen an Pakistan vorbei geführt werden. Deshalb ist auch hier die Möglichkeit begrenzt dessen, was jetzt auch der Westen halt in eigener Regie machen könnte.

Partnering – zum Partnering kann ich wenig sagen. Da werde ich eher sagen können, ich fliege morgen nach Afghanistan, ich habe zwar Offiziere mit ausgebildet, unterrichtet, die im

Partnering eingesetzt werden, auch schon eingesetzt waren. Ich war aber, seit dem dieses Programm steht, noch nicht vor Ort. Und ich fühle mich halt immer nur dann sicher, wenn ich wirklich empirische Ergebnisse vor Ort aufgenommen habe. Also, eine Ferndiagnose wage ich da nicht zu geben. Ich halte das so vom Ansatz her für überzeugend, aber man muss es eben wirklich in der Umsetzung sehen, um das beurteilen zu können.

Zu den roten Linien ist schon einiges gesagt worden. Das Hauptproblem - und das ist, glaube ich, noch nicht angesprochen worden -, eines der Hauptprobleme ist, dass diese roten Linien natürlich und gerade, wenn es um Menschenrechte, Frauenrechte, zivile Rechte allgemein geht, natürlich nicht nur von den Taliban in Frage gestellt werden. Es ist eine Illusion zu glauben, dass ein großer Teil der afghanischen Regierung heute diese Sachen wirklich meint und nicht einfach nur unterschrieben hat. Abdul Syyaf ist dort immer noch im Parlament, und er ist einer der starken Männer auch in der Friedensjirga. Das ist eine ganz unangenehme Person, die sicherlich konkurrieren kann in Sachen Radikalität mit den radikalsten Taliban. Das ist ein grundsätzliches Problem, das hier natürlich bestimmte Konzepte als reifefähig angenommen wurden, einfach weil sie hier im Westen so plausibel und einleuchtend sind. Ich meine, ganz im Ernst, ich habe gestern noch mit meinem Vater und meiner Mutter gesprochen über Frauenrechte, und die haben mir erklärt, wie es in den fünfziger Jahren in Deutschland aussah. Wir verlangen von den Afghanen, teilweise Gesetze zu unterschreiben und umzusetzen, die wir in den fünfziger Jahren in Deutschland nicht bestanden haben. Und das ist natürlich auch ein wahnsinniges Kommunikationsproblem, hier solche Werte, die sicherlich darstellbar sind und sicherlich auch von Seiten des Westens und von den Entwicklungsorganisationen verteidigt werden sollten. Man kann aber doch nicht voraussetzen, dass man sie einfach auch umsetzen kann. Das sind letzten Endes dann immer noch die Afghanen, die das machen müssen und die überzeugt werden müssen. Und das ist ein Konflikt, den die afghanische Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten innerafghanisch austragen wird. Und ich glaube, dass der Westen daran einen Anteil zu spielen hat und eben auch zeigen kann, dass bestimmte Dinge funktionieren. Die afghanische Gesellschaft versteht sich ja als eine hochmoralische islamische Gesellschaft, d.h. aber nicht, dass sie schlecht regiert werden muss. Also, man kann sicherlich den Afghanen auch kommunizieren, dass bessere Regierungsführung möglich ist, wenn sie das verdient haben und es im Westen Modelle gibt, die unter Umständen da kompatibel sind. Aber diese Kommunikation, diese ernsthafte Auseinandersetzung über die Gesellschaft und die politische Struktur, in der die Afghanen leben wollen und können, hat meiner Meinung nach bisher nicht wirklich stattgefunden.

Haben die Taliban den Zenit ihrer Macht überschritten? Militärisch ist das eine sehr flexible Unternehmung. Die McChrystal-Strategie - ich hatte persönlich selbst gehofft, als er hier in Berlin war und uns sehr genau noch mal erläutert hatte in diesem Frühstücksgespräch, dass es hier zum Erfolg kommen wird. Leider scheint sich das nicht abzuzeichnen. Also, diese Idee, dass man die Taliban noch mal zurückkämpfen könnte an einem Punkt, an dem sie organisatorisch und moralisch relativ desolat waren, das ist dieses Zeitfenster, das es halt real gegeben hat von 2002 bis 2005, im Norden bis 2007, vielleicht 2008. Das findet einfach nicht statt. Die Idee war ein Versuch, der vielleicht noch mal sinnvoll war, um dann eben auf Augenhöhe Verhandlungen führen zu können. McChrystal ist Geschichte, die neue Strategie ist besprochen worden, schlägt ständig Köpfe ab, die man eigentlich bräuchte, um dann überhaupt Verhandlungen führen zu können. Deshalb, die Taliban sind nicht so sehr angewiesen darauf, dass sie militärisch sich irgendwo durchsetzen, sondern dass sie der NATO die Stirn bieten können. Die Taliban haben wirklich massiv dazu gelernt und sind mittlerweile auch als „die Taliban“ anzusprechen, wenn es um administrative Parallelstrukturen geht, wenn sie ähnlich wie die Kommunistische Partei im Bürgerkrieg die Glashut-Organisationen aufbauen. Die gehen über die Dörfer vor. Die afghanische Regierung – müssen Sie sich vorstellen – hört auf Distriktebene auf, wenn sie auf Distriktebene überhaupt funktioniert. Die Taliban gehen von

den Dörfern her vor. Sie haben ihre Einfallstore, da ist im Großen und Ganzen der Dorfklerus, dem haben sie was anzubieten, *Pull*-Faktor. Sie sagen halt, wir geben euch politische Macht, wenn ihr mitspielt. Sie haben ein moralisches Auftreten, eine moralische Rechtfertigung, sie sehen sich als eine gestürzte Regierung, nicht als Aufständische. Und sie haben einen massiven Druckfaktor. Die Taliban mehr als jede andere Organisation in Afghanistan hat einen – wie sagt man das auf Deutsch? – *proven track record* (?). Sie können glaubhaft versichern, dass sie die Gewalt, die sie androhen, auch wirklich anwenden werden, lokal. Und das ist ein sehr starkes Argument, um Leute eben auch aus anderen ethnischen Gruppen davon zu überzeugen, mitzuspielen. Sie müssen sich das so vorstellen: In einem unserer Dörfer, in Imam Sahib, das ist nun kein klassisches Talibangebiet, treten die mit 40 bewaffneten Leuten auf einen Tag lang, dann bleiben vier zurück, es wird erklärt, welche Spielregeln jetzt zu gelten haben, das ist eine usbekische Gemeinde in diesem Fall. Die sind klug genug mittlerweile, nicht mit Pashtunen da reinzugehen, sondern sie nutzen dann usbekische Taliban; erklären die Spielregeln, die sind klar, die sind deutlich, die sind auch wenig korrupt, die sind wenig käuflich. Und dann wird das Monitor, dann wird das überprüft, Dorf für Dorf. Und wer nicht mitspielt, wird nicht sofort umgebracht, aber wird sanktioniert und wird zur Not dann zum Schluss dann auch tatsächlich getötet.

Das ist das zu dem Zenit, zu der Frage nach dem Zenit. Ich denke, die Taliban sind mittlerweile sehr gut aufgestellt, leider.

Die Frage nach der *base line* – das ist im Grunde schon beantwortet worden. Die *base line* muss erst geschaffen werden, gegen die dann wirklich Entwicklung zu messen ist. Im Kleinen passiert das, wir machen ja diese Wirkungsbeobachtung seit 2007 für den Nordosten regelmäßig anhand von klaren Kriterien, sowohl quantitativ als auch qualitativ, um zu sehen, wie sich die Intervention aus afghanischer Perspektive gestaltet. Die ist aber nicht umfassend genug natürlich, um diesen Kriterienkatalog insgesamt abzuarbeiten. Aber dort gibt es Ansätze, in denen man eben die Zeitlinien betrachten kann.

Sie sagten selbst, Sie sind Naturwissenschaftler. Ganz so hart ist es hier natürlich nicht. Bei qualitativen Evaluation gibt es natürlich auch die Möglichkeit, bestimmte Kausalbeziehungen ex post nachzuvollziehen und nachzuzeichnen. Aber es ist natürlich nicht so sauber und nicht so eindeutig, wie wenn man eine ganz klare *base line* hat, gegen die man dann messen kann.

Die Regierung als Teil des Problems hatte Citha schon abgearbeitet. Einen letzten Satz vielleicht noch zu der Frage der – ist oft angeklungen hier – Korruptionsbekämpfung. Ich denke, dass es wirklich sinnvoll ist, hier Prioritäten zu formulieren und erst mal zu verstehen, was Korruption in Afghanistan überhaupt ist. Es gibt Regime, die mit Korruption ganz hervorragend handlungsfähig und steuerungsfähig sind. Aserbaidschan ist so ein wunderbares Beispiel, was sich im Grunde als Parallelstaat verfasst hat und dort als Regierung sehr gut funktioniert, obwohl es hoch korrupt ist. Also, es gibt disfunktionale Korruption und funktionale Korruption. Und disfunktional ist ein Land, in dem es eigentlich um Krieg und Frieden geht, vor allen Dingen das, was den Staat entlegitimisiert. Und das ist in Afghanistan ziemlich klar zu trennen. Für die Afghanen ist besonders problematisch Willkür, Machtwillkür und das, was sie als Unrecht ansehen. Vetternwirtschaft hingegen – da gibt es auch ein schönes Wort auf Dari -, die soziale Pflicht, Leute, die einen unterstützt haben, mit hochzubringen, mitzunehmen, also ein stückweit Kölner Klüngel, ist in Afghanistan durchaus hoffähig und wird sogar als soziale Pflicht angesehen. Das kann immer noch lästig sein für Leute, wir geben dort Steuergelder aus und wollen aber nicht, dass das jetzt alles in die Taschen von irgendwelchen Verwandten fließt, ist aber nicht wirklich kriegsentscheidend in der Zeit. Also, da müssen Prioritäten gesetzt werden, denke ich. Das wollte ich auch noch mit hinzufügen. Und jetzt habe ich meine Zeit auch eindeutig überschritten.

**Der Vorsitzende:** Herr Nachtwei.

**Winfried Nachtwei:** Es ist die Frage, ob jetzt die Kölner Kolleginnen und Kollegen eine Intervention haben wollen. Nicht? Gut, dann komme ich direkt zu dem ersten Punkt, Herr Kiesewetter, was das Mandat, ein erweitertes, umfassendes Mandat angeht. Gut, Parlamentsbeteiligungsgesetz, wissen wir ja, schreibt das also eben fürs Militärische vor, nicht eben für die anderen Politikfelder. Aber sonst lehrt die langjährige parlamentarische Erfahrung, dass es immer flankierende politische Anträge und Beschlüsse zu dein Einsätzen gegeben hat. Und meiner Meinung nach hat sich mit der Zeit herausgestellt, das waren Girlanden an Beschlüssen, die aber praktisch kaum Relevanz hatten. Und deshalb also eben sozusagen als Vorschlag zur freiwilligen Mandatserweiterung, weil ja die Initiative von der Bundesregierung mit ihrem Antrag also ausgeht, freiwillig bei einem so bedeutenden Einsatz, andere Politikfelder mit reinzunehmen und dieses auch ausdrücklich. Es ist ja ein Mandat für staatliche Maßnahmen, staatliche Institutionen, nicht für die Nichtregierungsorganisationen. Das ist also eben was anderes. Die können eingeladen werden unter Respektierung ihrer Unabhängigkeit. Aber das ist wirklich was anderes. Und dann also eben habe ich den Eindruck, dass in der Vergangenheit also verschiedene Ressorts diesem Vorschlag gegenüber sehr unterschiedlich offen waren. Unter Militärs am ehesten ein Drängen, weil da gesehen wurde der Rückstand also eben der zivilen Anstrengung. Auf der anderen Seite z.B. aus dem Auswärtigen Amt – ich weiß nicht, wie es heutzutage ist, aber eben in früheren Jahren war eher ein Vorbehalt in dem Sinne, Äußerungen bis „wir wollen uns nicht kontrollieren lassen“. Aber ich glaube, das ist also eben ein Missverständnis, weil es ja bei einem umfassenden Mandat darum gehen soll, die andere Dimension zu stärken und zu fördern. Es geht da jetzt nicht also eben als erstes um Kontrolle, sondern um Förderung dieser anderen enorm wichtigen Elemente. Und es wäre zu hoffen, dass das also eben bis Januar wirklich geschafft werden kann.

Dann haben Sie angesprochen das Problem bei dem enormen Aufwuchs an Sicherheitskräften, dass das so eine Schattenmacht wird. In der Tat ist ja die Kluft riesig zwischen dem, was vor allem an Armee, an Streitkräften aufwächst und dem Primat der Politik; und erst recht also parlamentarische Kontrolle, die kann man dabei sowieso vergessen. Also, das ist so eine enorme Kluft und da Governance-Förderung sowieso eine mittelfristige und längerfristige Angelegenheit ist, ist das also eben eine ganz heikle Kluft, die vielleicht dadurch etwas abgemildert werden kann, einmal bei Streitkräften, intensive, internationale Integration, Austauschbeziehungen usw. Und da gibt es also eben auch Abhängigkeiten. Und dann zweitens, ganz wichtig, aber nur mittelfristig und längerfristig wirksam, Förderung der Reformkräfte von zivilgesellschaftlichen Akteuren. Aber trotzdem, das ändert nichts an der sehr brenzligen Kluft, die Sie angesprochen haben.

Was ergänzend noch: Taliban, ob die den Höhepunkt der Macht überschritten haben, Kollege Stinner, auch wenn er nicht da ist, ist egal jetzt. Es gibt ja seit Jahren die Formel auf ISAF-Seite als Begründung für den Anstieg der Sicherheitsvorfälle, na ja, wir sind eben mehr präsent in verschiedenen Regionen und selbstverständlich gibt es dadurch mehr *Troups in contact*. Das hat eine Plausibilität für einige Monate. Nur, ich kenne inzwischen diese Formel aus dem ISAF-Headquarter seit vier, fünf Jahren. Es ist immer so geblieben, d.h., also eben nach den paar Monaten mehr Präsenz woanders ist es dann nicht untergegangen, sondern dieser Trend aufwärts, aufwärts und nochmals aufwärts bei Sicherheitsvorfällen hat sich immer ungebrochen fortgesetzt. Und in der Tat, das wurde ja eben von den anderen Kolleginnen und Kollegen so angesprochen, der Nachschub, der personelle Nachschub für die Aufständischen scheint nach allen Feststellungen bisher immer noch unerschöpflich zu sein, dafür aber eben jünger, radikaler, brutaler und also eben nicht mehr oder fast gar nicht mehr ansprechbar. Und ISAF betont ja, das enorm erhöhte Operationstempo der letzten Monate. Und nach bisherigen Erkenntnissen sollen die Aufständischen das mitgehalten haben, dieses gesteigerte Tempo. Einige – ich glaube – Stunden oder Wochen der Wahrheit werden im nächsten Frühsommer kommen, im nächsten Frühsommer, wenn sich dann nach der Winterpause herausstellt, was die

enormen Anstrengungen diesen Jahres gebracht haben. Wenn dann weiterhin ein Anstieg ist wie in diesem Jahr ist von Sicherheitsvorfällen, und zwar von 60 Prozent, und zwar im dritten Quartal diesen Jahres gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr, dann hat es offensichtlich nicht gefruchtet. Wenn es stagnieren sollte, wäre das schon also vielleicht ein gewisses erleichterndes Zeichen. Aber nächster Frühsommer da ganz entscheidend.

Wie realistisch Übergabe in Verantwortung ist, das will ich anders mal beantworten. Also, es ist ja gesagt worden 2014, das ist sozusagen unvermeidlich und unumgänglich und aus den innenpolitischen Situationen heraus auch zwingend notwendig. Aber anders beantwortend insofern, was ist in dem Zusammenhang unrealistisch. Unrealistisch ist, wenn man dabei einfach nur auf eine Provinz guckt und außer Acht lässt, dass, wenn man aus einer Provinz rausgeht, dann schnell ein Vakuum entstehen kann. Und das hat man also nun eben ja inzwischen festgestellt, also durch die Entwicklungen der Aufstandsbewegung, dass da schnell dann eingesickert, eingeströmt werden kann. Also, man muss den Gesamtzusammenhang dabei auf jeden Fall sehen.

Dann das neue Mandat. Kollege Stinner, Sie haben da wirklich eine hohe Anforderung an die Sachverständigen gestellt, indem wir da schon was formulieren sollten für ein Mandat, vor allem, wenn man bedenkt, welche zähe Arbeit die Formulierung von solchen Mandaten in einer Regierung, in einer Koalition also in der Regel, bedeutet. Aber bezogen – ich kann's nicht in Worten sagen -, aber jetzt bezogen auf die sehr wichtige Unterstützung des Polizeiaufbaus: Die Polizei von wie vielen Distrikten will die Bundesrepublik anteilmäßig im Norden ausbilden, begleiten über eine länger Zeit, von den insgesamt 123 Distrikten, die es gibt? Und was wäre da der angemessene deutsche Anteil im Hinblick darauf, dass man also eben da im Jahre 2014 in Massen sozusagen rausgehen will, nicht mit den Polizeiausbildern, aber dass man da dann so eben die Sintflut sozusagen hinterlässt. Aber diese Zielgröße, die deutsche Zielgröße als Aufgabe, wirklich runter kalkuliert, dekliniert von dem, was insgesamt notwendig ist. Bisher gehen wir anders vor, nämlich wir gehen da im wesentlichen nach Verfügbarkeit. Was haben wir an Kräften? Und dann eben schickt man die hin und dann vielleicht noch ein paar mehr.

Dann Herr van Aken; die Frage war ja nach der Umgliederung Bundeswehr. Das war, glaube ich, bisher also eben noch nicht gesagt worden nach dem letzten Mandat. Umgliederung hat es sehr wohl gegeben, bezogen auf den Auftrag. Der reale Auftrag war, wie soll ich sagen, flüchtige Präsenz im Raum, flüchtig, mit Patrouille, die rausgefahren sind und dann nach ein paar Stunden wieder zurück gekommen sind. Jetzt dauerhafte Präsenz, also draußen. Und was dann eben auch für die Einsatzrealität natürlich enorm was anderes ist, wenn wir zum Teil eine Woche, zum Teil als QEF Wochen dann draußen sind. Also die Umstellung grundsätzlich auf Präsenz in der Fläche ist eine wesentliche Umstellung. Dann inwieweit das mit dem Partnerring da läuft, das steht auf einem anderen Blatt, da muss man also dann genauer hingucken, da weiß ich aber auch nur begrenzt was dazu.

Und dann die letzte Frage, Marie Beck, die Frage war dann Wiederherstellung von Sicherheit. Zunächst mal, was wäre denn überhaupt der – ist ja auch in den Fragen angesprochen oder jetzt im Gliederungskatalog – *desired end state*, bezogen auf Sicherheit? Kommt ganz auf die Perspektive an. Im Süden sagt man oder zum Teil in Kabul sagt man, der Norden. Im Norden würde man am ehesten sagen ..... ich habe vor kurzem noch mit einem ehemaligen Regionalkommandeur gesprochen, der sagte, die Situation in Masar. Das wäre so anzustrebender Sicherheitszustand für Verhältnisse in Afghanistan, wo immer noch was Schlimmes passieren kann, aber wo ja offensichtlich kein Kriegszustand ist in Masar.

So, dann aber kommt es darauf an, in den Gebieten, wo Sicherheit verloren gegangen ist, hier Bewegungsfreiheit für staatsbedienstete Helfer, Bevölkerung, wiederherzustellen, grundsätzlich entsprechende Präsenz von ANA, ANP, Distriktverwaltung. Und wie das dann allerdings wirksam hinzukriegen ist, ja, da ist es, glaube ich, sehr wichtig, sich genauer verschie-

dene Erfahrungen anzugucken. Und die aufschlussreichsten Erfahrungen sind sicher aus den harten Gebieten im Süden. Dort in Helmand haben das vor allem die Amerikaner und die Briten und die afghanischen Sicherheitskräfte seit Beginn diesen Jahres versucht, mit einem enormen Planungsvorlauf, mit einem enormen auch zivilen Aufwuchs usw. Es war natürlich in einem Umfeld, wo dreieinhalb Jahre Guerillakrieg schon war, fürchterlich schwierig, äußerst langanhaltend und da sozusagen zu einer Hold-Phase zu kommen, wo dann auch afghanische Verwaltungsleute dann vor Ort sind, hat man bisher noch nicht so richtig hingekriegt. Also, da habe ich bisher mehr Fragezeichen. Es ist notwendig, diese Bewegungsfreiheit wieder herzustellen, oder wenn wir uns das im Raum Kundus angucken, Char Darah sozusagen im bisherigen Zustand, kann sozusagen nicht hingenommen werden, weil das liegt ja auch nicht im Abseits, sondern liegt bloß an der Verbindungsstrecke. Aber wie man das dann wirklich wirksam rückgängig machen will, Sicherheit wieder herstellen will, ob militärisch mehr reaktiv, militärisch mehr offensiv, wo eben auf Seiten der Aufständischen und Taliban genau die enormen Basisvorteile bestehen, die Herr Koehler genannt hat, das kann ich nicht zureichend beantworten.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank, Herr Nachtwei. Wir haben jetzt noch eine knappe halbe Stunde. Wenn sich alle sehr kurz fassen einschließlich der Sachverständigen, dann schaffen wir es wahrscheinlich sogar noch, alle Wortmeldungen dranzunehmen. Herr Ruck.

**Abg. Dr. Christian Ruck, CDU/CSU:** Ich habe drei Nachfragen. Erstens an den Herrn Koehler. Herr Koehler, Sie haben uns ja anschaulich geschildert, wie die Taliban auf dem flachen Land vorgehen. Können Sie uns auch genauso drastisch und anschaulich schildern, wie die Gegenstrategie dann auf dem Land aussehen könnte? So wie Sie es mit den Taliban gesagt haben, wer soll mit den Mullahs z.B. von unserer Seite oder von der Gegenseite sprechen? Zweitens an die Frau Maaß: Die kritische Masse – welchen Ratschlag können Sie uns geben, was wir noch stärker für den Aufbau der kritischen Masse tun können? Ich denke an die Stiftungen, aber wie gesagt. Und die dritte Frage geht auch an Sie: Gebermentalität. Das ist theoretisch richtig. Was sind Ihre praktischen Ratschläge z.B. auch an die Entwicklungszusammenarbeit?

**Der Vorsitzende:** Herr Dr. Mützenich.

**Abg. Dr. Rolf Mützenich, SPD:** Vielen Dank. Ich wollte mich auch noch mal bei den Expertinnen und Experten bedanken, dass sie uns mit soviel Informationen auch noch mal zur Seite gestanden haben für die Beratungen, die vor uns stehen. Ich würde gerne vielleicht noch mal an die Schilderung von Herrn Koehler anknüpfen und dann noch mal die Frage stellen, weil Sie ja auch beschrieben haben, dass man nicht Schwarz und Weiß malen soll, sondern dass man die unterschiedlichen Schattierungen im Fortschritt, aber auch Rückschritte zur Kenntnis zu nehmen hat. Und Sie haben ja u.a. geschildert – und das deckt sich nach meinem Dafürhalten auch mit den jährlichen Umfragen von ARD und BBC, die ja versuchen, auch gerade die afghanische Wahrnehmung aus der Bevölkerung abzubilden -, dass in bestimmten Gebieten durchaus es Fortschritte im Hinblick auf die Bewältigung von Grundbedürfnissen gibt. Also sowohl Verfügungsstellung von sauberem Wasser, der Zugang zu medizinischer Versorgung und vielen anderen Dingen auch, was ja im Grunde genommen auch nach meinem Dafürhalten eine richtige Entwicklung im Ansatz ist. Sehen Sie eigentlich auch in diesem Zusammenhang wieder den Versuch und die Möglichkeiten des Gewerbeaufbaus? Also auch sozusagen, dass es ein beginnendes eigenes Wirtschaften auch in Gebieten gibt, die eben nicht so unmittelbar erreichbar sind auch von internationalen Hilfslieferungen.

Der zweite Aspekt, den ich gerne noch mal abfragen würde, ist, was Frau Maaß ja auch im Hinblick auf die anhaltende starke Korruption, wo ja auch offensichtlich durch die Zurverfügungstellung von vielen internationalen Hilfgeldern im Grunde noch mal sozusagen eine zusätzliche Initialzündung erfolgt. Es gibt ja z.B. den Ansatz, wenn ich das richtig verstanden habe, von EUROPOL, die also nur Unterstützung bei der Korruptionsbekämpfung versu-

chen, gerade auf dem oberen Feld der politischen Entscheidungsträger gegen Korruption vorzugehen, um sozusagen einen Lerneffekt auch innerhalb der Gesellschaft letztlich zu erreichen. Haben Sie Einblicke, ob genau dieses Vorgehen, eben die obere Korruption vorzugehen, ob das ein erfolgreiches Modell ist oder wie könnte man das aus Ihrer Sicht bewerten?

Dritter Aspekt, der mich nochmal Fragen stellen lässt, ist: Es gibt ja auch im Grunde genommen den Versuch, im Hinblick auf den Reintegrationsprozess auch von Seiten der Amerikaner, sehr stark angelehnt auch an das irakische Beispiel mit Lead-Systemen in den Dörfern aufzubauen, wo eine Bewaffnung erfolgen soll. Was würden Sie für eine Bewertung in diesem Zusammenhang geben?

Die zwei letzten kurzen Fragen umfassen natürlich ein großes Feld, aber dennoch können Sie ja an einem Aspekt vielleicht noch mal beleuchten, was Ihr Eindruck ist. Das regionale Umfeld ist bisher ja immer nur kurz angesprochen worden, offensichtlich aber für die afghanische Entwicklung entscheidend. Ich habe die Diskussion um den Abzug auch immer so verstanden, dass es im Kontext des regionalen Umfeldes gedeutet werden muss, dass sich also unmittelbar auch die Nachbarn die Frage stellen müssen, dass, wenn NATO-Truppen internationale Hilfe aus dem Gebiet abzieht: Wie gehen wir mit diesem Afghanistan um? Akzeptieren wir eine gewisse Integrität, Souveränität? Oder versuchen wir uns wieder noch stärker dort hinein zu begeben? Welchen Eindruck haben Sie im Grunde genommen von dem regionalen Umfeld? Wie wird das dort zur Kenntnis genommen? Hauptsächlich Pakistan, aber es gibt natürlich auch insbesondere andere regionale Umfelder wie den Iran, die zentralasiatischen Staaten, aber auch Russland, wo wir – ich glaube, im Zusammenhang mit den NATO-Gipfel – ja insgesamt doch interessante Diskussionen gesehen haben.

Letzte Frage, das Beauftragtenwesen. Wir haben ja unheimlich viele Beauftragte mittlerweile. Am Anfang hatten wir fast gar keinen, jetzt haben wir nur noch Beauftragte sozusagen. Wie nehmen Sie das wahr? Haben Sie den Eindruck, eine bessere Koordination wäre erforderlich oder wie ist sozusagen aus Ihrer Sicht das letztlich auch zu bewerten? Vielen Dank.

**Der Vorsitzende:** Herr Dr. Djir-Sarai.

**Abg. Dr. Bijan Djir-Sarai, FDP:** Ja, vielen Dank. Ich will mich kurz fassen. Sie haben ja alle Drei vorhin auch über die Verhandlungen, über die so genannten Verhandlungen gesprochen. Also, es wundert mich sowieso an der Stelle, warum man das Wort „Verhandlungen“ benutzt, weil meiner Meinung nach sind es ja nur Gespräche. Verhandlungen, das ist ja wiederum eine andere Dimension. Aber dass sei jetzt unkommentiert stehen gelassen.

Wir haben ja vorhin über die so genannten roten Linien gesprochen. Und es ist ja, glaube ich – Herr Koehler, Sie haben das ja vorhin gesagt -, dass die Taliban ja auch die Verfassung neu aufrollen werden. Mich würde es interessieren - und über Frauenrechte haben wir ja vorhin auch gesprochen -, aber mich würde es darüber hinaus interessieren, ob diese Gruppen – Taliban, Hekmatyar, Hakhani-Netzwerk -, ob die auch eine politische Agenda für Afghanistan haben. Das würde mich interessieren, weil darüber wissen wir einfach zu wenig. Dass die ganz andere Vorstellungen für eine Zukunft Afghanistans haben und für die künftige Verfassung haben, das ist mir klar. Aber mich würde es interessieren, ob die auch einfach ein Konzept, auch politisch ein Konzept haben, und ob das auch in Afghanistan so bekannt ist.

Und vielleicht können Sie an dieser Stelle auch noch mal den Zusammenhang zwischen diesen drei Gruppen noch mal verdeutlichen, d.h., welche Netzwerke existieren zwischen diesen unterschiedlichen aufständischen Gruppen? Das ist ja auch eine entscheidende Frage.

Frau Maaß, wir kennen uns ja auch von früheren Diskussionen und Sie haben ja auch immer wieder deutlich gemacht, was Sie von der Regierung Karsais halten. Und dass Sie diese Regierung auch als Teil des Problems sehen, also die Regierung Karsais. Ich will nur sagen, bei

der Frage, auch als wir vorhin über diesen afghanischen internen Prozess gesprochen haben, über die Reformkräfte in Afghanistan, da sind Sie alle recht unkonkret geblieben. Sie sagen zwar, man brauche eine Alternative dazu, Sie haben über aufgeschlossene Parlamentarier gesprochen, über Reform-Mullahs, Mullahs mit offenem Sinn, was immer das auch heißt. Was konkret heißt das? Dass das ein Prozess ist, was sich entwickeln muss? Darüber sind wir uns einig. Dass das auch eine gewisse Zeit für sich beanspruchen wird, da sind wir uns auch einig. Aber jetzt konkret eine Alternative zum System Karsai – sehen Sie so was in Afghanistan vorhanden, ja oder nein? Das würde mich noch interessieren. Danke.

**Der Vorsitzende:** Herr Liebich.

**Abg. Stefan Liebich, DIE LINKE.:** Ich möchte mich bei den Anzuhörenden auch recht herzlich für die Informationen bedanken. Ich habe eine Frage an Frau Maaß zur Rolle Deutschlands in Afghanistan. Wer der Präsenz von Truppen in Afghanistan etwas abgewinnt – und wir tun das ja bekanntlich nicht -, der argumentiert häufig so, dass gesagt wird, da, wo Truppen sind, da fühlt sich die Bevölkerung sicherer. Nun ist es aber so, dass in dem Maße, wie die Truppen auch in Kampfhandlungen verwickelt sind, finden ja Auseinandersetzungen statt, bei denen sich die Leute nicht sicherer fühlen, sondern unsicherer, weil dort Auseinandersetzungen stattfinden, weil es Tote gibt, weil es auch zivile Opfer gibt. Und da verliert aus meiner Sicht ja Deutschland die Rolle als jemand, der moderieren kann, der Verhandlungen befördern kann, sondern wird als Kriegspartei wahrgenommen. Wie, glauben Sie denn, dass Deutschland diese Rolle zurückgewinnen kann, das Vertrauen zurückgewinnen kann? Und in welchem Maße sollten da aus Ihrer Sicht, in welchem Verhältnis sollten dabei zivile und militärische Mittel zueinander stehen?

**Der Vorsitzende:** Herr Ströbele.

**Abg. Hans-Christian Ströbele, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Ja, ich habe zunächst auch eine Frage an die Frau Maaß. Sie haben ja völlig zutreffend darauf hingewiesen, was von der Regierung Karsai zu halten ist. Sie haben Herrn Karsai die schlechteste Note gegeben, die es gibt. Kann man da nicht zu der Überlegung kommen, dass die Verbündeten, auf die wir derzeit und seit 2001 in Afghanistan setzen, die falschen sind? Die falschen Gesprächsverhandlungspartner. Dass wir dort auf die Falschen setzen. Und da komme ich jetzt auch zu der selben Frage wie der Kollege. Ich habe Anfang des Jahres auch eine Reise nach Afghanistan gemacht. Ich habe mir ausdrücklich zum Ziel gemacht, die Vertreter der Zivilgesellschaft – so möchte ich die mal nennen – dort zu besuchen. Wir haben mit ganz großen Schwierigkeiten in Kundus die Möglichkeit gehabt, auch mal aus dem Lager rauszukommen, aus dem Militärlager, und nach Kundus zu fahren, um uns dort mit einem Vertreter dieser Zivilgesellschaft zu treffen. Unter ganz schwierigen Umständen. Wir haben das in Kabul auch gemacht, haben uns dort auch mit denen getroffen. Und ich gebe Ihnen völlig Recht, es gibt eine Schicht in der Bevölkerung, in den städtischen Bereichen sind das häufig Ingenieure, Intellektuelle, Lehrer, Ärzte, Professoren, also im Bildungsbürgertum. Und auf dem Land würde das ergänzt – da folge ich Ihnen auch voll – durch Stammesälteste und andere moderate Kräfte, die aber Einfluss in der Gesellschaft dort haben. Nun ist die entscheidende Frage, die Sie auch gestellt haben: Wie kann man zumindest auch zu neuen Gesprächspartnern kommen? Und da muss man einfach feststellen, dass unsere Leute dort vor Ort, also beispielsweise das Militär in Kundus, diese Leute nicht mal kennen, nicht mal wissen, dass es die gibt, geschweige denn irgendwelche Verbindungen da haben, geschweige denn in irgendeiner Weise die unterstützen. Und wenn man mit denen redet und sagt, wir könnt ihr jetzt mehr Einfluss in der Gesellschaft, eine größere Bedeutung in der Gesellschaft bekommen, dann sagen die: „Wir haben so gut wie überhaupt keinerlei Möglichkeiten, uns nach außen darzustellen. Wir haben keinerlei Unterstützung.“ Wenn sie finanzielle Unterstützung bekommen, dann bekommen sie die von NGOs, die hier in Europa sind, die also hier in Deutschland sind, häufig Verwandte



oder Leute, die hier in Gruppen in Deutschland oder in anderen Ländern organisiert sind und die ihnen dann mal finanziell unter die Arme greifen. Das heißt: Müsste nicht eine Umorientierung stattfinden auch der offiziellen Politik? Vielleicht könnte auch der Deutsche Bundestag auch mal Vertreter dieser Zivilgesellschaft einladen und nicht immer nur die Vertreter der Karsai-Regierung, um ein bisschen Karsai hier zu hoffieren, sondern dass wir auch in die Gesellschaft dort Signale setzen, dass wir auf andere Kräfte als auf Karsai setzen. Das ist meine erste Frage an Sie.

Und da komme ich auch zu dem Thema Korruption. Das mag ja sein, dass Vetternwirtschaft und ähnliches durchaus dort zur Gesellschaft, zu der gesellschaftlichen Normalität gehört. Aber gerade die Vertreter der Zivilgesellschaft haben zum Teil gleichrangig, aber auch mit dem Problem der Sicherheit, was natürlich auch immer wieder angesprochen worden ist ..... das mindestens das zweite ..... manchmal gleichrangig ..... wird das Problem dort aufgezeigt, Korruption. Dass eine Verwaltung, ohne dass man eigene finanzielle Mittel da investiert, überhaupt nicht möglich ist. Und da habe ich die Frage an den Herrn Koehler. Es ist ja nicht nur so, dass eine Verwaltung in den Bereichen, in vielen Bereichen jetzt dieser normalen staatlichen Verwaltung überhaupt nicht präsent ist, nicht da ist. Sondern etwa der Bereich, der mir sehr am Herzen lag – wir haben dort auch versucht, uns zu informieren -, etwa im ganzen Justizwesen. Die Leute sagen, das, was dort an Justiz aufgebaut wird, das hilft allenfalls 20 bis 30 Prozent, wenn's hoch kommt, der Bevölkerung, nämlich den Teilen der Bevölkerung, die es bezahlen können. Die anderen, für die gibt es keine Streitschlichtung, keine staatliche, keine Justiz. Die warten auf Verfahren häufig Monate, manchmal Jahre, manchmal sind die Leute im Gefängnis, ohne dass sie irgendeine Chance auf einen Prozess haben. Und solange sich da nichts ändert, kommen natürlich die Taliban, wenn sie in diesen Gebieten dann das Sagen haben. Die ersetzen diese Strukturen bis hin zur Rechtsprechung. Die haben uns gesagt, bei den Taliban erreichen sie eine justizielle Entscheidung – kann man jetzt in Frage stellen, ob die nach unseren Kriterien gerecht ist – in zwei, drei Tagen, innerhalb einer Woche werden die Fälle da entschieden. Und die Bevölkerung erwartet eine staatliche Struktur, die einfach die jetzige Verwaltung, die Regierung dort nicht zur Verfügung stellt. Das heißt, ohne dass man diese Probleme angeht, wird man ein Vertrauen in der Bevölkerung nicht finden. Wir müssen uns mindestens auch andere Verbündete, andere Gesprächspartner, Verhandlungspartner suchen.

Und der letzte Punkt, ein Wort zur militärischen Situation.

**Der Vorsitzende:** Herr Ströbele, ich darf Sie an die Zeit erinnern, um zehn Uhr ist Schluss.

**Abg. Hans-Christian Ströbele, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Ja, das ist eine Frage an den Kollegen Nachtwei vor allen Dingen. Woher kommt eigentlich das Vertrauen, dass man sagt, wir haben jetzt 134.000 afghanische Soldaten ausgebildet, dass diese 134.000 afghanischen Soldaten – jetzt mal nur als Beispiel – tatsächlich auch nach einem Abzug, partiellen oder generellen Abzug, in Afghanistan weiterhin das machen, was wir für richtig halten, was wir wollen? Ist es nicht so, dass nach wie vor der Schwund auch nach Einschätzung der Amerikaner bei über 50 Prozent liegt? Also, wenn Sie 134.000 ausbilden, wie hoch ist dann das Vertrauen .....

**Der Vorsitzende:** Herr Ströbele, Sie haben Herrn Nouripour fast alle Zeit weggenommen. Herr Nouripour, ich gebe Ihnen aber trotzdem noch das Wort.

**Abg. Omid Nouripour, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Danke, Herr Vorsitzender. Drei telegrafische Fragen. Erstens: Wo sind die Grenzen der Aussagefähigkeit eines Fortschrittsberichts, wenn man bedenkt, dass US-amerikanische Streitkräfte und auch zivile in den letzten 12 Monaten deutlich ihre Engagements erweitert haben? Auch was Norwegen und Schweden betrifft, muss man eigentlich die Frage auch stellen, wenn man über den Norden *in toto* sprechen will. Zweite Frage: Dieses Gespräch und die Einbindung von Geistlichen, was muss passieren,

damit unsere PRTs das auch können? Und die dritte Frage: Weil ja die Gespräche immer wieder auch angesprochen wurden mit den Insurgenten – welches Szenario halten Sie für realistisch bei dem Erfolg? Eine Einbindung, eine Machtteilung oder eine Einbindung in der Zentrale und eine territoriale Machtteilung, was das Land betrifft?

**Der Vorsitzende:** So, für die geladenen Sachverständigen ist das jetzt eine schwierige Aufgabe, in maximal drei bis vier Minuten die Fragen so zu beantworten, dass sie nochmal einen kräftigen Abschlussimpuls setzen. Bitte schön.

**Dr. Babak Khalatbari:** Die Lage in Afghanistan ist dramatisch, aber nicht hoffnungslos. Das ist mein Schlusssatz. Und die meisten Fragen, die jetzt in der zweiten Fragerunde adressiert worden sind, hatten ja meine Kollegen bis auf eine kleine Frage. Und das war das System Karsai. Und da möchte ich mich auch kurz fassen. Ich denke, was wir in Afghanistan gegenwärtig verfolgen können, ist eine afghanische Gleichschaltung, zugespitzt auf Herrn Karsai. Das ist eine gewagte These. Aber ich denke, dass es angebracht ist, das so klar auf den Punkt zu bringen. Und es wird zwei Indikatoren geben, die diese These entweder untermauern oder halt dann in Frage stellen werden. Und das ist erstens das Kabinett von Karsai, das demnächst im Parlament mehr oder weniger bestätigt werden muss. In den letzten Jahren gab es da immer große Probleme, und wir werden sehen, ob Präsident Karsai dieses Mal im neu gewählten Parlament sein Kabinett ohne Schwierigkeiten durchkriegen wird. Wenn man sich überlegt, dass beim letzten Mal 16 Leute nicht gewonnen haben, ist das der erste Indikator. Der zweite Indikator ist: Es ist der letzte Term von Präsident Karsai. Sollte er eine Verfassungsänderung vornehmen wollen, dass er ein drittes Mal kandidieren kann, dann weiß man, mit wem man es zu tun hat.

**Der Vorsitzende:** Frau Maaß.

**Dr. phil. Citha D. Maaß:** Also, ich bitte um Entschuldigung, wenn ich jetzt keine Namen mehr nenne. Alternativen zu Karsai: Nein. Seit der Akzeptanz seiner Wiederwahl im letzten Jahr ist das Thema leider vom Tisch. Korruption: Es ist ein strukturelles Problem und ich möchte Sie wirklich auf diesen Bericht von der International Crisis Group verweisen. Ich habe ihn mir am Wochenende angesehen und ich war ziemlich erschüttert. Ich kannte einiges, aber es hat mich noch zusätzlich sehr erschüttert. Nehmermentalität, Gewerbeaufbau: Ich habe in Taloqan um ein Gespräch mit dortigen Unternehmern gebeten, Businessmen gebeten. Und da kam raus, was mich allerdings auch nicht ganz verwundert hat, man will schnelles Geld machen, d.h., man macht Import-Export, wagt aber nicht den Schritt zur Produktion zu gehen, was natürlich mit höherem Risiko verbunden ist. Das wäre ein Punkt, wo man gerade auch von deutscher Seite nachhaken kann. Milizen, Reintegration mit Milizen: Alle, die Afghanistan kennen, sagen: „Um Gottes Willen, keine weiteren Milizen!“ Es ist eine faktische Aufrüstung und Bewaffnung der Bevölkerung. Es wird in absehbarer Zeit absolut kontraproduktiv sein und ich warne ad explizit davor - und da kann ich im Namen von vielen anderen internationalen Kollegen sprechen -, wir halten die Bildung von Milizen oder jetzt dieses Afghan Local Police, also Reintegrierte, die dann in diese Dorfmilizen umtransformiert werden, für absolut kontraproduktiv.

Regionales Umfeld, ganz wichtig. Meine Position ist – da stehe ich durchaus im Widerspruch zu manchen -, dass die Interessen mancher Nachbarstaaten, speziell Pakistan, Iran, durchaus teilweise mit berücksichtigt werden müssen. Ich möchte nur mal aufzählen, wer alles Akteure in der ganzen Angelegenheit sind: Das ist Pakistan mit Verweis auf Indien, das ist Iran mit Verweis auf Saudi-Arabien, das ist Zentralasien, das ist Russland, das ist China mit ganz neuen Interessen, das ist die Türkei, die wir ja immer wieder vergessen und die gerade im Regionalkommando Nord in unserem Bereich ein wichtiger Akteur ist, und natürlich die USA als der dominante Akteur. Wie zwischen denen Gesprächsforen organisiert werden können, das wird wahrscheinlich immer nur auf einen Dialog hinauslaufen, aber zumindest eine politische

Einbindung, das könnte ich mir z.B. als durchaus sinnvolle Aufgabe für die diversen Sonderbeauftragten vorstellen.

Reformkräfte – da habe ich durchaus mir konkrete Vorschläge überlegt. Da biete ich einfach an, dass ich damit in die Fraktionen komme, wie das gemacht werden kann. Desgleichen, ich habe mir gerade bei meiner Reise jetzt konkret im Hinblick auf das deutsche PRT in Faizabad - weil das wahrscheinlich der erste Übergabekandidat ist -, überlegt, so als Ideen für ein *brain storming*, wie das gemacht werden kann. Ich hatte es vor kurzem bei einer Veranstaltung, bei der auch Frau Hoff war, schon mal erläutert. Da bin ich auch gerne bereit, zu Ihnen zu kommen, dass man so was mal konkreter definiert. Und grundsätzlich, ich versuche Empfehlungen so konkret wie möglich, aber auch so pragmatisch wie möglich auszusprechen. Wir müssen einfach die absolute Dominanz der Amerikaner berücksichtigen. Bündnisverpflichtung, Bündnissolidarität sind Eckpfeiler der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, die müssen berücksichtigt werden. Aber wenn da erkennbar ist, dass die *Coin*-Strategie falsch oder kontraproduktiv läuft – und so ist mein Eindruck -, dass mit einem afghanischen Partner, afghanischer Regierung zusammengearbeitet wird, über den man keine Kontrolle mehr hat, dann ist vielleicht auch von einem Bündnispartner, sprich: Deutschland, zu erwarten, dass er innerhalb der Bündnissolidarität auch auf diese Fehler hinweist.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank. Herr Koehler.

**Jan Koehler:** Danke. Nur stichwortartig, damit für Winni Nachtwei noch etwas Zeit bleibt, die Fragen, die mich direkt betroffen haben. Wer kann mit den Geistlichen sprechen? Die Geistlichen habe ich nur als ein Beispiel genannt als Vertreter der Zivilgesellschaft. Da sollte man sich selbst natürlich auch nicht überschätzen. Richtig ist, dass man hier dafür sorgt, dass der afghanische Partner oder der staatliche Partner sinnvolle Kommunikationsstrategien und –kanäle aufbaut, und man selbst auch eine Kommunikationsstrategie entwickelt, weil man eben wahrnehmen muss, dass es nicht nur die Journalisten und die westlich kombatible und anschlussfähige Zivilgesellschaft ist, mit der man sprechen muss und die die Interpretationen der Welt für die Afghanen liefern, sondern eben auch Kräfte, die wir nicht als westliche Zivilgesellschaft sofort wahrnehmen würden.

Und dann eine ganz kurze Reaktion auf Herrn Ströbele: Die Zivilgesellschaft, mit der Sie sich getroffen haben, ist vermutlich die westkombatible, auch die, die Sie genannt haben. Es gibt aber auch Leute wie Kommandeur Haikhal in Lalamaidan z.B., der ehemaliger Hekmatyar-Anhänger war in den achtziger Jahren, dann Taliban-Anhänger war, immer seine fünf Dörfer vertreten hat, und eigentlich ein Dorfvertreter ist und für die Sicherheit dieses Dorfes zuständig ist, und der auch jetzt eben noch sehr aktiv ist auf lokaler Ebene. Solche Leute sind natürlich auch wichtige Vertreter der afghanischen Gesellschaft, die in dem Fall eben auch ansprechbar sind, und die auch als Multiplikatoren identifiziert werden müssen.

Die Frage der Korruption – danke, dass das hier noch mal klargestellt wurde. Also, ich wollte nicht der Korruption das Wort reden. Was ich eigentlich unterstreichen wollte, war, dass zu differenzieren ist zwischen der wirklich destruktiven Korruption, d.h., die die Legitimation des Staatsaufbaus zerstört, und andere Formen, die größere Akzeptanz haben, auch wenn sie wirtschaftlich immer noch problematisch sind. Und das, was Sie genannt haben als Beispiel, ist natürlich das Justizwesen. Diese zerstörerische Korruption, Machtwillkür, in die dann in der Tat die Taliban hineindrängen und darauf verweisen, dass sie schon mal eigentlich nur in zwei Bereichen, da aber gründlich, gepunktet haben in den neunziger Jahren, nämlich einer harschen und klaren Rechtsinterpretation und dem Gewaltmonopol, das sie gegen die Kommandeure durchgesetzt haben. Und deshalb ist das natürlich sehr wichtig, und das ist genau das Zerstörerische.

Milizen, das ist gesagt worden. Ich möchte da nur einen Nebensatz hinzufügen: Insbesondere

im Norden ist das ein Problem. Es gibt da Teile Afghanistans, in denen diese Milizen tatsächlich eine gewisse Tradition haben, und denen sie über eine Jirga auch temporär ermächtigt werden können und diese Ermächtigung wieder zurück gerufen werden kann, so als Stammespolizei. Das haben wir im Norden aber nicht. Im Norden – und da kann man wirklich einfach Afghanen fragen und sich das sehr plausibel und anschaulich anhören – ist diese zentrale Angst, die eben durch die Milizgründung wieder beflügelt wird, der Verweis eben auf das Chaos der neunziger Jahre, in dem eben tatsächlich diese Milizen sich als mehr oder weniger ethnische Milizen verfasst haben und massiv für die Unsicherheit und für das größte Trauma der Menschen eigentlich in den letzten 30 Jahren verantwortlich waren. Und das möchte man einfach nicht neu gegründet hier sehen. Man glaubt eben auch nicht, dass diese verliehene Autonomie der Milizen damit wieder zurück gerufen werden kann.

Zum regionalen Umfeld: Ich denke auch, dass man auf jeden Fall hier nach Lösungen suchen muss bzw. gerade in Bezug auf Pakistan und Iran, die eher auf Stabilisierung hinaus laufen. Dazu muss man zunächst natürlich erst mal sehen, was wirklich die Kerninteressen sind. Im Fall von Pakistan ist das ziemlich klar definiert. Und Pakistan ist da eigentlich auch seit 30 Jahren konsequent. Also, die werden sich einfach nicht verabschieden von der Doktrin der strategischen Tiefe. Punkt. Und das heißt, die haben nur noch die Taliban als Wirkmittel nach Afghanistan rein und insofern werden sie das auch nicht aufgeben. Punkt.

Ich denke, das sind so wirklich die roten Linien, die die verfasst haben. In Bezug auf den Iran ist mir das nicht ganz so klar. Und das ist, glaube ich, auch nicht ganz so eindeutig. Zentralasien hat keine Politik formuliert bisher in Bezug auf Afghanistan. Ja, das war es dann auch. Danke.

**Der Vorsitzende:** Herr Nachtwei.

**Winfried Nachtwei:** Vertrauen, dass die ANA es ab 2014 schafft? Na, Vertrauen habe ich da nicht so ganz, relatives Vertrauen, und zwar, weil in Afghanistan geht kein Weg dran vorbei, dass also eben angesichts der Zersplitterung von Gewaltakteuren und Potenzial eine Monopolisierung Richtung staatlicher Gewaltmonopole so notwendig ist. Und da ist am ehesten erfolgsversprechend nach den Erfahrungen der letzten Jahre die ANA. Und da hat sich die Sache auch insgesamt besser entwickelt als die Erwartung vor fünf, sechs Jahren war. Mit allen erheblichen Defiziten, Rückständen usw. Aber die Alternativen sind eben Milizen, und nicht allgemeine Volksentwaffnung. Die steht da also zurzeit nicht an.

Dann zweitens, was Zivilgesellschaft angeht. Es ist immerhin gut, dass also eben von Seiten der Bundesregierung 2011 parallel zur Petersberg-Konferenz in Honnef die Konferenz für und mit afghanischer Zivilgesellschaft war. Und dieser Prozess ist z.B. von DED (Deutscher Entwicklungsdienst) auch immer wieder weiter unterstützt worden. Und da ist mir nur aufgefallen, dass in der deutschen Öffentlichkeit diese Aktivitäten, diese Unterstützungen von zivilgesellschaftlichen Akteuren praktisch negiert wurde. Und nur von einzelnen Stiftungen, die Stiftungen hängen da also was drin. Aber das ist also dann eben insgesamt für die Öffentlichkeit wenig sichtbar gewesen.

Leider haben wir heute dann wenig angesprochen, aber das wird ja sicher dann auch in den Ausschüssen mehr getan, nämlich der Schwerpunkt der Bildung und wo nämlich z.B. mit den Lehrerausbildungszentren im Norden wichtige Schritte gemacht worden sind, auch von Seiten der Bundesrepublik gerade immerhin vier Lehrerausbildungszentren, aber womit leider erst sehr spät angefangen wurde, berufliche Ausbildung und sehr spärlich bisher also die Hochschulpartnerschaften, die es ja auch einige gibt, aber wo es ein enormes, enormes Potential gibt an besserer Unterstützung.

Und das letzte, weil hier nämlich auch im Raum einige sind, die in Afghanistan waren, in verschiedenen Uniformen oder zivil, und deren Erfahrung viel besser hier zu nutzen, glaube ich, wäre unbedingt notwendig. Gestern habe ich es eben noch im Bundeswehrzusammenhang

also mitgekriegt: Die Leute kommen zurück und es interessiert keinen mehr. Auch in der eigenen Organisation nicht. Und das geht nicht. Die sind für eine vernünftige Gestaltung des ganzen Engagements unheimlich wichtig. Und diejenigen eben aus Afghanistan, die hier sind – euch ganz, ganz herzlichen Dank. Ihr habt es zumindest toll gemacht.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank, meine Damen und Herren, alle Sachverständigen. Ich denke, wir haben einen sehr interessanten Morgen heute gehabt und wir werden das Thema Afghanistan ja in einer etwas anderen Besetzung mit General Petraeus heute noch fortsetzen können. Ich schließe die Sitzung und dann schaffen wir es auch alle pünktlich ins Plenum.

Stand 2.21.37.2, Rest 17:25.3